



Regionalbüro für Thailand und Südostasien Chiang Mai, Thailand

Politischer Jahresbericht

(Mitte 2003 bis Mitte 2004)

Autorin: Dr. Heike Löschmann, Büroleiterin

Co-Autoren: Werner Distler, Lars Krause, Maren Jung, Elisabeth Mendosa (Praktikanten des Büros im Zeitraum vom Oktober 2003 bis September 2004)

Inhalt:

Zusammenfassung

1. Thailand

- 1.1 Allgemeines und Überblick
- 1.2 Thailand im „Eisernen Griff“
- 1.3 Menschenrechtsverletzungen, Einschüchterung und Gewalt
- 1.4 Thaksinisierung, Thaksinocronyismus und die Partei Thai Rak Thai
- 1.5 Aushöhlung demokratischer Institutionen, Gleichschaltungstendenzen und Gewalt gegen zivile Aktivisten, aber kein Stillstand des bürgerbewegten Demokratisierungsprozesses
- 1.6 Unruhen in Südthailand
- 1.7 Korruption
- 1.8 Die Vogelgrippe in Thailand
- 1.9 Erfolgsgeschichte HIV/AIDS
- 1.10 Internationale Beziehungen
- 1.11 Ausblick: Kein Stillstand des Demokratisierungsprozesses !?

2. Burma/Myanmar

- 2.1 Einleitung und Grundlagen
- 2.2 Entwicklung der innenpolitischen Situation in Burma/Myanmar, Mitte 2003 bis Mitte 2004
- 2.3 Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen und der Regierung; Gewalt gegen buddhistische Mönche
- 2.4 Internationale Beziehungen und Reaktionen des Auslands
- 2.5 Die Beziehungen zu Thailand
- 2.6 Ausblick: Annäherung oder Isolation?

3. Malaysia

- 3.1 Einleitung
- 3.2 Die Ära Mahathir Mohamad – Eine kurze Bilanz
- 3.3 Die Wahl 2004
- 3.4 Ausblick

4. Kambodscha

- 4.1 Allgemeine Grundlagen
- 4.2 Entwicklung auf dem Holzweg: Trotz Armutsbekämpfungs- und immensen Entwicklungshilfeprogrammen wächst die Armut
- 4.3 Nationalwahlen vom 27. Juli 2003 und 11-monatige Blockade der Regierungsbildung
- 4.4 Verhandlungsmarathon, Machtpoker und Regierungsbildung
- 4.5 „Package vote“ und Verfassungsbeugung
- 4.6 Internationale Reaktionen auf die Regierungsbildung
- 4.7 Ausblick

Zusammenfassung

Zustandsbeschreibung zur Lage der Demokratie in der Region:

Die Demokratisierung Südostasiens in der Sackgasse – Stillstand oder Stabilität?

Wahlen haben im Berichtszeitraum in vier Ländern der Region stattgefunden: Kambodscha hat schon im Juli 2003 gewählt, und seine Bevölkerung hat mehr als ein Jahr auf eine neue Regierung warten müssen, dafür haben sie nun mit 327 Mitgliedern (5 stellvertretende Ministerpräsidenten, 10 Senior-Minister, 30 Minister, 141 Staatssekretäre und 140 Unterstaatssekretäre, was selbst den Politikproporz der post-VN-Regierung übertrifft!) das größte Kabinett der Welt. Die Wähler in Malaysia und auf den Philippinen traten im Mai an die Urnen. In Indonesien fanden im April Parlamentswahlen und Wahlen der lokalen Vertretungen statt. Im Juli wurden erstmalig direkte Präsidentschaftswahlen durchgeführt, die im September mit einer Stichwahl entschieden werden. In Thailand stehen die Wahlen zum Jahresbeginn 2005 noch aus. Thaksin kämpft um 400 Mandate: wenn er diese erlangt, wäre die Opposition Schach matt, und es bliebe nur die Form des außerparlamentarischen Protests aus den Reihen der NRO und der Akademiker, um der Allmacht Thaksins überhaupt etwas in den Weg zu stellen. Diskussionen um eine neue, dritte parteipolitische Kraft haben sich inzwischen zwar materialisiert, aber mit welcher Wirkung ist derzeit offen.

Die Singapurer halten es für möglich einen neuen Regierungschef zu bekommen. Die Junta in Burma/Myanmar verspricht, dass dort sechzehn Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung wieder ein Parlament zusammentreten darf und hat vorbereitend einen nationalen Konvent einberufen, der allerdings vorerst ergebnislos vertagt wurde.

Trotz formaler Bewegung ist die Lage in der Region durch Stillstand gekennzeichnet. Ist dies Ausdruck einer demokratischen Krise oder eher von Stabilität, die Prosperität nach kapitalistischen Verteilungsmustern zu sichern vermag? In der Beantwortung dieser Gretchen-Frage scheiden sich die Geister.

Die **burmesische** Militärdiktatur ist unter Druck geraten, sie täuscht Veränderungsabsicht vor und kauft wie viele Jahre zuvor weiter Zeit. In Brunei herrscht weiter ein Sultan, und die Menschen leben dank ihrer Ölexporten in erstaunlichem Wohlstand. In Vietnam und Laos wird weiterhin am Ein-Parteien-System festgehalten. Während sich Vietnam vor allem wirtschaftlich und vorsichtig auch politisch öffnet, stehen in Laos die politischen Reformräder weitgehend still. Beide denken dennoch ernsthaft über einen WTO-Beitritt nach, den Kambodscha bereits vollzogen hat und Ende August die Zustimmung seines neuen Parlaments erhalten hat.

In **Malaysia und Singapur** gibt es zwar eine Opposition, diese ist aber weitgehend ohne Meinungsfreiheit, ohne Versammlungsrecht. Die Wahlen sind relativ unspektakuläre Ereignisse. Malaysias Ministerpräsident Abdullah hatte sein Amt im Herbst vom legendären Premierminister Mahathir geerbt und wollte durch rasche und sehr kurzfristig einberufene Wahlen eigene Legitimation. Er gewann mit seiner UMNO-Partei die Mehrheit und drängte den Stimmenanteil der islamistischen PAS zurück. Ein Wahlkampf war aufgrund der späten Bekanntgabe des Wahltermins kaum möglich. Dies trug sicherlich zusätzlich dazu bei, dass sowohl die von Wan Azizah Wan Ismail angeführte Partei *Keadilan* wie auch ihre Oppositionskoalition *Barisan Alternatif* im Vergleich zu den Wahlen von 1999 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußte. Die Mandate der Oppositionsparteien – inklusive der *Democratic Action Party* (eine Abspaltung der *Barisan Alternatif*) – fielen von 45 (43,5%) in 1999 auf 21 (33,6%) Parlamentssitze in 2004. Dabei traf dies insbesondere *Keadilan*, welche nur noch ein Viertel (1 von vormals 5 Mandaten) der bisherigen Sitzstärke sichern konnte. Dieses Mandat gewann bezeichnenderweise Wan Azizah selbst und zwar im ehemaligen Wahlbezirk ihres inhaftierten Ehemannes Anwar Ibrahim.

Der malaysischen Wirtschaft geht es gut Abdullah hatte sich mit einer Antikorruptions-Kampagne Freunde gemacht. Verlieren konnte er nicht, der einzige ernst zu nehmende Konkurrent, Anwar Ibrahim, wurde erst bei Redaktionsschluss dieses Berichtes auf freien Fuß gesetzt. Der Zeitpunkt hierfür ist gut gewählt, denn die Wahlen sind haushoch gewonnen, und ein paar Pluspunkte im eigenen Land und vor allem mit Blick auf die internationale Reputation des Landes können nicht schaden. Für CAP, die von der hbs unterstützte Partnerorganisation in Penang, sind die politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich unverändert. Durch die Stimmenverluste der Alternativen haben sich allerdings die Zugänge und Spielräume für Lobby-Arbeit in Regierungskreise hinein und mit Parlamentariern noch weiter verengt.

Singapur entledigt sich vorlauter Oppositioneller durch Verleumdungsklagen und legt sie finanziell und zivilrechtlich lahm. An dieser Praxis würde ein neuer Name an der Spitze wenig ändern. Lee Hsien Loong soll Goh Chok Tong als Regierungschef ablösen und die Lee-Dynastie fortsetzen. Sein Vater hatte Singapur gegründet und jahrzehntelang regiert, vom Sohn erwartet niemand Veränderung.

Die Hoffnung auf Veränderung hat sich nun auch in **Kambodscha** endgültig zerschlagen, wo seit 1985 Hun Sen fest im Sattel sitzt. Ein Jahr lang hatte er ohne Parlament regiert und nur kurzzeitige Zitterparteien durchzustehen, verursacht durch das Politikpoker der „Allianz der Demokraten“, welche die beiden Oppositionsparteien beinahe 12 Monate vereinte. Nun gibt es eine neue Regierung mit dem vormaligen Koalitionspartner FUNCINPEC. Für den Royalisten Prince Ranariddh hat sich das lange Pokerspiel im wahrsten Wortsinne ausgezahlt, mehr als 30 Millionen US-Dollar sollen auf seine Konten geflossen sein, was dieser jedoch vehement abstreitet und sogar Diffamationsklage gegen die SRP einreichen will. Die Oppositionspartei von Sam Rainsy ist derzeit weitgehend kalt gestellt. Eine Beteiligung an den parlamentarischen Ausschüssen wird ihr verweigert. Internationale Beobachter sind von der Skrupellosigkeit überrascht, mit der Hun Sen seine Macht – mit allen Mitteln – sichern will. Die internationale Gebergemeinschaft, die mehr als 50% des kambodschanischen Haushaltes zur Verfügung stellt, steht offensichtlich ratlos daneben und ist sich politisch ohnehin nicht einig darüber, wie man mit einem Diktator der Sorte Hun Sen verfahren sollte. Sie ist sich nicht einig in der Beantwortung der Gretchenfrage! Jedenfalls scheint die hier und da formulierte Prozesskritik im Zusammenhang mit der Regierungsbildung nicht in Konsequenzen zu münden, die das Regime zur Beibehaltung von demokratischen Mindeststandards zwingen könnten. Eine seit Jahren überfällige Reform des öffentlichen Dienstes, schon lange auf der Forderungsliste der Geberländer, steht nicht in Aussicht – die staatliche Verwaltung wird sogar kräftig ausgebaut. Dabei werden insbesondere ehemaligen Mitgliedern der Oppositionspartei neu geschaffene Posten angeboten. Zwei Milliarden US-Dollar sind seit der VN-Mission ins Land geflossen – die Bilanz ist eher enttäuschend

Auch **Thailand** hat seit 2001 einen starken Mann an der politischen Spitze des Landes, den Telekom-Giganten Thaksin Shinawatra. Im Land mit der demokratischsten Verfassung Südostasiens erhielt seine populistische Partei „Thais lieben Thais“ so viele Stimmen, dass Thaksin beinahe machen kann, was er will. Thaksin, der oft auch als „asiatischer Berlusconi“ bezeichnet wird, zieht sämtliche Entscheidungen an sich. Sein Kabinett wurde in knapp 4 Jahren acht Mal umgebildet und seine Minister werden mitunter auf die Rolle von Frühstücksdirektoren reduziert. Thaksin kontrolliert zunehmend die Medien und kann Kritik nicht vertragen, was auch aus seinen Erwartungen an einen „Gesellschaftsvertrag zwischen Führer und Geführten“ herrührt. Er fordert Patriotismus und unbedingtes Vertrauen in ihn und seine Regierung. Selbst wenn die Hühnergrippe umgeht und das vor der Bevölkerung verheimlicht wird, geschieht dies nur zum Besten seiner Untertanen. Wenn er, um den Anschluss nicht zu verpassen, Feldversuche mit genmanipuliertem Saatgut freigibt, müssen sich die Gegner dieser Versuche zumindest fragen, ob sie „gute Thais“ sind. Ebenso unterscheidet ein Senatsbericht zur Zivilgesellschaft und den nationalen und internationalen NRO zwischen „guten“ und „schlechten“. Die Stiftung und ihre Partner gelten – nicht ganz überraschend – als „schlechte“ NRO, was die Rahmenbedingungen für die Arbeit verdeutlicht, die auch für einige andere deutschen Stiftungen neue Probleme aufwerfen.

Thaksin kämpft Kriege gegen Drogen und Armut, unter Verletzung von Menschenrechten und ohne ausreichende Konsultation mit Betroffenen und Menschen mit langjähriger Erfahrung im Entwicklungsmanagement, vor allem nicht mit solchen, die anderer Meinung sind. Minderheiten haben in Thaksins Demokratieverständnis keinen wirklichen Platz. In diesem Punkt folgt er offenbar, wie Mahathir und dessen Nachfolger, „asiatischen Werten“. Seit Beginn des Jahres 2004 sind Konflikte im tiefen Süden des Landes, der mehrheitlich von muslimischen Malaien besiedelt ist, hinzugekommen. Deren Lösungsansätze lassen eine gewisse Hilflosigkeit und offensichtlich wechselnden Einfluss von Beratern erkennen. Eine bisher erfolgreiche, aber nicht gerade nachhaltige Wirtschaftspolitik und durchaus aner kennenswerte Sozialmaßnahmen wie ein Programm zur medizinischen Grundversorgung für 70 Cent pro Behandlung und staatliche Investitionshilfen in Höhe von 25.000 Euro für jedes Dorf sichern ihm bisher die Unterstützung breiter Massen. Unter den Intellektuellen, Künstlern und Aktivisten macht sich allerdings Unmut breit, der sich immerhin noch teilweise in den Medien widerspiegeln kann, dann aber auch oft mit Kritik oder subtilen Repressalien aus dem Umfeld des Premierministers rechnen muss. Das Land befindet sich

in einem geschickt durchgeführten, besorgniserregenden Gleichschaltungsprozess, der ein neues, durch Abhängigkeit gekennzeichnetes Verhältnis zwischen Staat und Bürger etabliert.

Spannende Wahlen hat es nur in **Indonesien** gegeben, von wo vor allem in Verbindung mit Jemaaah Islamiyah immer wieder Terrormeldungen oder anderweitige Negativberichte ins Bewusstsein dringen. Dabei wird leicht übersehen, dass das bevölkerungsreichste islamische Land sich vergleichsweise erfolgreich reformiert: Nach langer Militärrherrschaft wachsen seit 1998 demokratische Strukturen. Im Juli wählten die Bürger den Präsidenten erstmals direkt und überwandern damit die intransparente Praxis der Präsidentenauswahl durch Hinterstufen-Kungelei. In die Stichwahl gehen Ex-General und Leiter der Bali-Untersuchungskommission Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), der mit 33 % zwar die 50% Hürde verfehlte, aber die bisherige passive Präsidentin Megawati Sukarnoputri, die zwischenzeitlich den Beinamen „Miniwati“ erhielt, hinter sich ließ. Sie erreichte mit 26% der Stimmen dennoch ein besseres Ergebnis als vorausgesagt. Exminister Wiranto, Ex-General und Armeestabschef des Diktators Suharto, der jetzt den Reformer gibt, ist mit 22% aus dem Rennen. SBY ist biografisch betrachtet ebenso ein Vertreter des alten Regimes wie Wiranto. Beide sind an der indonesischen Invasion Ost-Timors beteiligt gewesen. Dennoch ist SBY mit seiner Parteinengründung, der Demokratischen Partei, überraschend schnell zum Erfolg gekommen. SBY gilt als integrativ in Entscheidungsbildungsprozessen und dennoch entschlossen. Er hat sich aufgrund seiner Volksnähe im Unterschied zur amtierenden Präsidentin Megawati Beliebtheit verschafft.

Im **philippinischen Manila** war Präsidentin Gloria Arroyo vor drei Jahren durch einen friedlichen Staatsstreich an die Macht gekommen. Statt die Gunst der Stunde zu nutzen und grundlegende soziale, wirtschaftliche und politische Reformen einzuleiten, die ihr nach dem durch das Militär unterstützten und durch die Mittelklasse herbei geführten Sturz des extrem korrupten, aber populären Schauspielers-Präsidenten Joseph Estrada die Unterstützung breiter Massen hätten sichern können, konzentrierte sie seitdem alle Energie darauf, die kommenden Wahlen zu gewinnen und für weitere 6 Jahre ein „demokratisch legitimes“ Präsidentinnen-Mandat zu erhalten. Der einzige Herausforderer war der Filmstar Fernando Poe Jr., ein Mann ohne politische Erfahrung und Programm, der wie Ex-Präsident Estrada auf seine bloße Popularität setzte. Nach 41 Tagen, solange dauerte die offizielle Stimmzählung, wurde Arroyos Wahlsieg offiziell proklamiert. Aber der kleine Mann auf der Straße wusste schon längst, dass es so kommen würde, schließlich war nicht zu verbergen, mit welcher schierer Unverschämtheit Wahlbetrug und Stimmenmanipulation erfolgt waren und wie ungeniert sich die Präsidentin zur Finanzierung ihres Wahlkampfes an Staatsressourcen vergriffen hatte. Aber auch Fernando Poe, als einziger ernst zu nehmender Herausforderer im Präsidentschaftswahlkampf wäre keine Alternative gewesen, die anstehenden krassen sozialen Problem einer sich verschlechternden Wirtschaftslage in den Philippinen zu stellen: hohe Arbeitslosigkeit, Ernährungs-Unsicherheit, durch auf Export orientierte Agrarpolitik verursachter Verlust der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen vor allem von Kleinbauern, steigende Ölpreise und Lebenshaltungskosten verbunden mit einer massenhaften Verelendung oder sozialem Abstieg der Mittelschichten. Die beiden politischen Alternativkandidaten, hinter denen breite Teile der Zivilgesellschaft und kritischer Intellektueller standen – Staatssekretär für Bildung Raul Roco und Pfarrer Eddie Villanueva – hatten aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Beschränkungen nie eine echte Chance, obwohl sie ein klares Regierungsprogramm entworfen hatten, in deren Mittelpunkt soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Souveränität, im Sinne einer Alternative zur neoliberalen Handelspolitik der bisherigen Regierungen stand.

Angesichts der Tatsache, dass der Landwirtschaftssektor nach wie vor der Hauptstützfeiler der philippinischen Wirtschaft ist, da 80 Millionen Filipinos oder 60% der Arbeitskräfte des Landes von diesem Sektor direkt abhängig sind, erscheinen jüngste Meldungen über Mittelumwidmungen für den Landwirtschaftssektor in Höhe von 18 Mio. US-Dollar in den Wahlkampf der Präsidentin in besonderem Licht: Auf der Höhe des Wahlkampfes überwies das „Department for Agriculture“ im Februar des Jahres in zwei Raten Mittel, die an 105 Kongressabgeordnete, 53 Gouverneure und 23 Bürgermeister weiter verteilt worden waren. Jeder von ihnen erhielt einen Scheck in Höhe von zwischen 36.000 und 91.000 US-Dollar.

Laos ist man geneigt zu vergessen. Das kleine Land im Norden Thailands steht für Stagnation und Zurückgebliebenheit und ist das ärmste in der ganzen Region. Aufgrund weit verbreiteter Subsistenz- Wirtschaft hat das aber nicht die gleichen Auswirkungen wie in den ärmsten Ländern Afrikas, über dessen

Human Development Index Laos nur knapp rangiert. Gemeinsam mit Ländern wie Irak, Nordkorea, Burma und Sudan steht es unter den letzten 10 in der Indexliste für politische und zivile Rechte. Die letzten Wahlen fanden 2002 mit 100% vermeldeter Wahlbeteiligung nach dem typischen Model des untergegangenen realen Sozialismus statt. Bis auf eine Person wurden alle der 166 Kandidaten von der regierenden Volkspartei gestellt. Diese insistiert auf das Ein-Parteien-System und unterdrückte in den zurückliegenden Jahren jedweden Versuch politische Opposition auszudrücken oder zu organisieren. Arbeit von lokalen NRO ist bisher offiziell nur unter dem Dach internationaler Hilfsorganisationen möglich.

1. Thailand

1.1 Allgemeines und Überblick

Das Königreich Thailand erlebte in den letzten vier Jahren politische Veränderungen mit Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, die in ihren Wirkungen noch nicht endgültig absehbar sind. Der vorliegende Bericht bietet eine kritische Sicht auf die politische Situation im Spiegel der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen Thailands. Der Bericht beginnt zum besseren Verständnis mit einer kurzen Einordnung der Problem- bzw. Themenfelder.

Seit Anfang 2001 wird Thailand durch die Regierung des Premierministers Thaksin Shinawatra und seiner Partei, der Thai Rak Thai (Thailänder lieben Thailänder – TRT) in Koalition mit einer noch verbliebenen kleinen Partei – Chat Pattana – regiert. Alle anderen ursprünglichen Koalitionsparteien sind inzwischen vollständig in die TRT übergetreten.

Thaksin wird die Überwindung der Nachwirkungen der Asienkrise und der mit ihr verbundenen schwierigen Wirtschaftslage für viele Thais seit 1997/98 angerechnet. Vor allem aber – und das ist mit dem Blick darauf, dass 80% der Thais auf dem Lande leben ein wesentlicher Punkt – ist TRT mit einem Regierungsprogramm angetreten, welches im Sinne eines auf traditionellen Sozialbeziehungen fußenden Gesellschaftsvertrages Fürsorge und Engagement für die arme Landbevölkerung beinhaltet. Viele Elemente davon sind – mehr oder weniger erfolgreich – umgesetzt worden. Das hat in der Geschichte des Landes bisher keine Regierungskoalition vorzuweisen. Die quantitativen Wirtschaftsdaten sind durchaus beeindruckend: Thailand steht mit ca. 6,4% Wachstum im Jahr 2003 zusammen mit China an der Spitze des Wachstums in Asien. Die Arbeitslosigkeit ist gering, sie hat sich in den letzten Jahren unter 3% eingependelt. Kulturell bedingt ist der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit dabei allerdings hoch. Die Regierung hat es geschafft, die IWF-Kredite, aufgenommen im Rahmen des Management der Asienkrise, weit vor dem vereinbarten Termin zurückzuzahlen. Thaksin hat im Zusammenhang mit der Schuldentilgung gegenüber dem IWF stolz verkündet, auch keine Entwicklungshilfe-Kredite mehr aufnehmen zu wollen. Die Inflationsrate ist niedrig und lag 2003 bei nur 1,8%. Die thailändischen Exporte wuchsen 2003 um 17,4%. Der Bertelsmann Transformations Index ¹ verweist jedoch darauf, dass sich soziale Disparitäten in Thailand weiter verschärft haben, die Jugendarbeitslosigkeit steigt, die im asiatischen Vergleich relativ ungleiche Einkommensverteilung fortbesteht und auch das Entwicklungsungleichgewicht zwischen der Region Bangkok und den ländlichen Provinzen enorm bleibt. Dies liegt im traurigen internationalen Trend einer Verschärfung von Einkommens- und sozialen Disparitäten, wie das auch für Deutschland gilt. Allerdings schneidet Thailand innerhalb Asiens sehr gut ab und an dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass Thailand mit Singapur und Malaysia den größten Anteil einer relativ wohlhabenden Mittelklasse in der Region aufzuweisen hat, was die Aussagen des Indexes relativiert.

Thaksin war 2001 angetreten, einen „nationalen Kampf“ gegen Armut, Korruption und Drogen zu führen. Der Kampf gegen die Armut ist allerdings nicht geprägt durch Nachhaltigkeit, durch Bildung oder durch eine langfristig gesicherte Verbesserung der Einkommenssituation der Bürger, sondern durch Maßnahmen, die ausländische Beobachter aus den eigenen Gesellschaftsanschauungen und Wertekategorien als nationalistischen Populismus bezeichnen, der sich auf oft intransparente und von Interessen nicht freie Finanzzuweisungen des Zentralstaates stützen kann. Eine damit gekoppelte Strategie von „Thaksinomics“ besteht in der Ankurbelung der Inlandsnachfrage, die allerdings zur Fortführung einer ohnehin massiven Verschuldung der Haushalte führte. Die nach qualitativen Indikatoren erfolgreiche Wirtschaftsbilanz könnte durch äußere Faktoren, wie steigende Ölpreise, leicht ins Schwanken geraten. Der Kampf gegen die Korruption hat unter der Regierung Thaksin eher zu einer Zentralisierung von Korruption(smöglichkeiten) geführt, sprich Korruption ist nunmehr eher auf den einzelnen CEO-Ebenen (siehe unten) anzutreffen, was Politik und Wirtschaft so stark beeinflusst, dass diese Tendenz von vielen kritischen Stimmen als größte Gefahr für die Zukunft des Landes betrachtet wird. Das schließt traditionell bekannte Formen von Kleinkorruption in den verschiedensten Bereichen aber nicht aus.

¹ Siehe: Bertelsmann Transformation Index, Ländergutachten Thailand, www.bertelsmann-transformation-index.de/126.0.html, Stand 20. August 2004.

Politische und organisierte Gewalt hat in den Jahren der TRT-Regierung eine traurige, aber ständig präsente Rolle gespielt. Der brutale „Kampf gegen die Drogen“ der Regierung hat nach offiziellen Angaben 2245 Menschenleben gefordert, die schweren Unruhen zwischen Muslimen und den Behörden im Süden des Landes über 100 in direkten Kampfhandlungen mit Sicherheitskräften. Seit 2001 sind 16 Kritiker oder Aktivisten von Umwelt- und Bürgerbewegungen getötet worden oder gelten als vermisst.

1.2 Thailand im „Eisernen Griff“²

Die Demokratisierung des Landes, die 1992 nach dem Blutmai begann und durch die sog. „Volksverfassung“ von 1997 einen festen Rahmen fand, scheint in Gefahr. Zu diesem Schluss muss jeder Beobachter kommen, der die Regierungspraxis verfolgt. Thaksin Shinawatra arbeitet nicht auf eine pluralistische Demokratie westlichen Vorbildes hin. Er sieht seine und die Zukunft des Landes eng miteinander verbunden und strebt eine inoffizielle Einparteiherrschaft an. Man beobachtet eine Metamorphose des Königreiches Thailand in ein nationales Großunternehmen, Thaksin als dessen CEO (Chief Executive Officer), die Gouverneure als Abteilungsleiter, die Bürger als Angestellte – das entspricht der Vision des Premierministers. Diese „CEO-isierung“, oft auch als „Thaksinisierung“ der Gesellschaft bezeichnet, suggeriert einen modernen Führungsstil. Dieser ist aber auf der Grundlage traditioneller Gesellschaftsstrukturen, die – im Unterschied zu den Städten – auf dem Lande noch in ausreichendem Maße erhalten sind, im Wesen eine „Re-patronisierung“ der Gesellschaft. Ob der Patron, der Herrscher mit Fürsorgepflicht nun „Puayban“ (früher Dorfältester, dann Gemeindevorsteher oder heute Bürgermeister) oder CEO-Gouverneur/CEO-Bürgermeister genannt wird, spielt am Ende keine Rolle. Seine Funktion als der gewählte oder eingesetzte Machthaber über einen bestimmten Einflusskreis verpflichtet seine Klientel nach traditionellem Verständnis zu absoluter Loyalität, Respekt („Krängchai“) und schließt öffentliche Kritik aus. Dafür steht in Gegenleistung aber Fürsorge und Interessenvertretung des Puayban gegenüber der ihm „anvertrauten Bevölkerung“ oder seinen „Untergebenen“. Dieser Führungsstil entspricht den traditionellen gesellschaftlichen Ordnungs- und Hierarchieprinzipien der großen Masse der Landbevölkerung, die für ihre Loyalität gegenüber dem „Führer“ eine Gegenleistung erwarten können. Dieses System versucht Thaksin seinem Selbstverständnis als „nationaler Puayban“ folgend landesweit vertikal zu installieren. Mit den Kreditprogrammen und Zuweisungen im Rahmen der Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltungen werden die „Puaybans“ mit Mitteln ausgerüstet, ihre Macht zu nutzen, auszubauen und vor allem etwas „zum verteilen zu haben“ und damit ihrer Fürsorgepflicht nachkommen zu können. Damit entsteht ein qualitativ andersartiger, neuer Stadt-Land-Konflikt: Einerseits hebt Thaksin mit seiner Politik das Kontrollvermögen vor allem der besser verdienenden Stadtbevölkerung über das Land aus, der es bisher möglich war, vereinzelt die Rolle eines Puyayban (hier im Sinne eines Gönners) in ihren Herkunftsdörfern oder durch Investitionen zu übernehmen. Zum anderen entspricht diese „Re-patronisierungspolitik“, die mit einer gleichzeitigen Zentralisierung von Entscheidungsmacht und Kontrolle über die jeweiligen CEO-Strukturen (im Sinne einer „Thaksinchronyisierung“) verbunden ist, keineswegs den in den Städten längst verinnerlichteten (westlichen?) libertären und demokratischen Normen und Werten, die auch institutionell in Thailand in den vergangenen zehn Jahren verankert worden sind. Der thaksinistische Staat hat die Strukturen bereits soweit verändert, dass das neu entstandene Verhältnis zwischen Bürger und Staat qualitativ Züge einer Abhängigkeit des Bürgers gegenüber einem staatsgetragenen politischen Kontrollinstrument trägt. Das wirkt einem emanzipatorischen Demokratisierungsprozess entgegen.

Angesichts der beschriebenen Situation gewinnt das Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung und die damit verbundene Unterstützung einheimischer NRO, von Bürger- und Umweltbewegungen neue Wertschätzung im Land und zugleich an politischer Bedeutung. Die kritischen NRO (und ihre ausländischen Unterstützer) werden inzwischen, mehr oder weniger offen, als „Staatsfeinde“ diffamiert. Doch in einer Gesellschaft mit schwindenden Räumen für demokratische Partizipationsmöglichkeiten und der Gefahr, die parlamentarische Opposition weiter zu marginalisieren, wächst die Rolle von NRO und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen neben den Universitäten und Medien als Orte für außerparlamentarische Kritik und Monitoring sowie als Alternative zur „Ver-business-isierung“ des Landes.

² Siehe: Die Zeit, 16. Oktober 2003.

Die Hühnergrippe und die Unruhen im Süden des Landes sind zwei Beispiele dafür, dass Thaksin und seine Macher durchaus nicht alles im Griff haben, weshalb beiden Themen weiter unten je ein eigener Abschnitt gewidmet ist.

1.3 Menschenrechtsverletzungen, Einschüchterung und Gewalt

Das brutale Vorgehen gegen BürgerrechtlerInnen, die sich öffentlich gegen Korruption, Umweltverbrechen oder despotische Lokalherrschaft gestellt haben, hat zu einer wirksamen Einschüchterung dieser Bewegungen geführt, was auch in drei Fällen in von der Stiftung unterstützten Projekten mit direkten Konsequenzen verbunden ist (PER, PLANT, AEPS). Ein besonders prominentes Beispiel für die Ermordung eines Umweltaktivisten ist der Fall des am 21. Juni 2004 in Prachuap Khiri Khan erschossenen Umweltschützers Charoen Wat-Aksorn. Dieser ehemalige Fischer hatte über 10 Jahre hinweg gegen die Zerstörung seiner Küstenregion im südlichen Thailand durch umweltschädliche und unwirtschaftliche Steinkohle-Kraftwerke gekämpft. Seine Bemühungen waren erfolgreich und er selbst wurde zu einem Vorbild, das durch seine Arbeit auf die Bedeutung von kommunalen Rechten der Mitbestimmung und den Wert öffentlicher Partizipation in diesem Zusammenhang hinwies. Der von zwei unerkannten Männern erschossene Wat-Aksorn ist das 16. Beispiel dafür, was prominenten zivilen Aktivisten in Thailand nach 10 Jahren Demokratisierung wieder drohen kann.³ Bei Redaktionsschluss dieses Berichtes wurde die Ermordung eines weiteren Dorfführers bekannt: Suraphon Sirichan, Anführer der Lampang Forest Conservation Group, hatte sich gegen illegalen Holzeinschlag eingesetzt. Er wurde damit das 17. Opfer unter Gemeindeführern, die sich konsequent für Gerechtigkeit in ihren Dörfern und gegen Korruption und Vetternwirtschaft eingesetzt hatten.

Ein besonders hohes Maß an Gewalt verband sich mit dem von Thaksin Shinawatra im Januar 2003 ausgerufenen „Kampf gegen die Drogen“. Die von offizieller Seite angegebene Zahl von 2245 Toten während der dreimonatigen Kampagne von Januar bis April 2003 zeugt von dem hohen Gewaltpotential und den Mitteln, die von offizieller Seite angewendet wurden, auch wenn nur circa 60 der Toten durch die Polizei verschuldet worden sein sollen. Nicht nur Amnesty International bezweifelt diese Zahlen. Wahrscheinlicher sind höhere Opferzahlen durch außerverfahrensmäßige Tötungen während der Kampagne. Auch wenn der „Kampf“ im Winter 2003 offiziell eingestellt worden ist, bleibt eine Wiederholung nach einem zu erwartenden Wahlsieg der TRT im Januar 2005 jederzeit möglich.

1.4 Thaksinisierung, Thaksinocronyismus und die Partei Thai Rak Thai

Der Premierminister Thailands, ein ehemaliger Kriminalbeamter, der bereits in den 90er Jahren führende Posten in der Politik inne hatte, sieht sich selber als eine Art Manager, dessen Aufgabe es ist, den Thais soviel Wohlstand wie möglich zu beschaffen. Und dagegen haben sie im Grunde nichts einzuwenden, zumal viele das auch als seine Pflicht als „nationaler Puyaiban“ sehen.

Der Weg zum Ziel führt dabei über Privatisierung, Liberalisierung, Auslandsspekulationen und Investitionen, gepaart mit einer kräftigen Brise Nationalismus, der kritische Stimmen in eine unpatriotische Ecke stellt. Thaksins Familie gehört das mächtige Medien- und Telekommunikations-unternehmen Shin. Viele Mitglieder des Kabinetts sind ehemalige Unternehmens-Chefs oder zusammen mit ihren Familien Eigentümer von Unternehmen. Laut Verfassung ist eine Vermischung solcher Interessen und auch Vermögenswerte mit einem Regierungsposten nicht erlaubt, weshalb offiziell gilt, dass Thaksin und seine Minister „keinen Einfluss“ auf die Geschäftspolitik ihrer Familienunternehmen besitzen.⁴ Tatsächlich gibt es jedoch nicht den geringsten Zweifel an den Verstrickungen der Regierung ins Big Business. Thaksin Shinawatra sieht im Idealtyp des „Managers“ das Vorbild für die politischen Entscheidungsträger der Zukunft. So gibt er selbst CEO-Kurse für Lokalpolitiker und es war auch der Premierminister, der den thailändischen Botschaftern im Ausland im August 2003 mit Frühpensionierung drohte, falls sie die „Thailand Inc.“ im Ausland nicht vernünftig im Stil eines CEOs vertreten.⁵

Die populistischen Programme der TRT-Regierung, die Ausschüttung großer Geldsummen als Kredite an arme Dorfgemeinden und Kleinstunternehmen, sowie Umschuldungsstrategien, wirken auf den ersten

³ Siehe: The Nation, 23.Juni 2004.

⁴ Siehe: Far Eastern Economic Review, 11.Dezember 2003.

⁵ Siehe: The Nation, 28.August 2003.

Blick wie ein Segen für die arme Bevölkerung, besonders in der Provinz. Und tatsächlich kann man materielle Verbesserungen feststellen. Doch bleibt die Frage, wie die Menschen die Kredite wieder zurückzahlen sollen, ungeklärt. Ernüchternd ist darüber hinaus die Relation der Summen, die in industrielle Vorhaben investiert werden, zu denen die für Armutsbekämpfungsmaßnahmen aufgewandt werden (20:1).⁶

Die Wirtschaftspolitik der TRT (auch „Thaksinomics“ genannt) ist zum größten Teil auf die kurzfristige Konsumsteigerung ausgerichtet. Die Bevölkerung wird regelrecht zum Konsumieren aufgefordert. Dabei ist die Kehrseite eine Vervierfachung der privaten Verschuldung der thailändischen Haushalte in den letzten Jahren. Diese Verschuldung kann in Zeiten der Wirtschaftsrezession zu einer ernststen Gefahr werden. Eigentlich eine Lehre der Asienkrise.

Auch auf das öffentliche Schuldendefizit wird nicht ausreichend Rücksicht genommen. Zwischen 2002 und 2004 ist die Neuverschuldungsrate um 0,8% auf 3,0% gewachsen, was dem europäischen Stabilitätswert entspricht. Die Kritiker werfen der Regierung vor, durch diese Politik eine besonders große moralische Schuld an den kommenden Generationen auf sich zu laden.

Bildung, also der Aufbau einer Wissensgesellschaft, Qualität, produktive Innovation als Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens spielen in der heutigen Wirtschaftspolitik Thailands keine Rolle und gefährden langfristig die Konkurrenz- und Zukunftsfähigkeit des Landes.

Stattdessen will die TRT Thailand durch Spekulationen, Investitionen und Marketing zu einem erfolgreichen internationalen Wirtschaftsakteur machen. Ein in den Medien besonders diskutiertes Beispiel dafür wie Wirtschaftskraft und Populismus miteinander gekoppelt werden können, war der Versuch des CEO Thaksin, Anteile des englischen Fußballklubs FC Liverpool zu erwerben. Zunächst dachte er im Sinne eines Geschenkes für sein Volk an eine private Aktieninvestition. Als das aber auf Unverständnis stieß, kam die Finanzierung durch eine Lotterie, an der alle Thais teilhaben können, in die Diskussion. Ein wahrhaft partizipatives Unternehmen, dessen Realisierung aber geplatzt zu sein scheint.

Eine wichtige Quelle dieses Berichts ist die Analyse des Thaksin-Kritikers Prof. Thirayuth Boonmi der Thammasat University über die bestehenden politischen Verhältnisse in Thailand. Boonmi war einer der Studentenfürher von 1976 und gilt als einer der führenden kritischen Intellektuellen des Landes. In der Analyse, die Boonmi am 27. Juli 2004 in einer Pressekonferenz vorstellte, wird eindringlich vor der Errichtung eines populistischen Einparteiensstaates gewarnt.⁷ Fast wie eine unfreiwillige Unterstreichung dieser Warnung wirkte nur wenige Tage später eine Erklärung des Premierministers, dass die Opposition in Thailand zukünftig keineswegs stark sein müsse. Sein Vorbild für eine erfolgreiche Politik sei in dieser Hinsicht Singapur.⁸

1.5 Aushöhlung demokratischer Institutionen, Gleichschaltungstendenzen und Gewalt gegen zivile Aktivisten, aber kein Stillstand des bürgerbewegten Demokratisierungsprozesses

Der Blick auf die Entwicklung der thailändischen Demokratie gibt Anlass zur Sorge. Dennoch, wenn man ihren Zustand analysieren will, müssen zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden – die institutionelle und die der Bürger und ihres politischen Bewusstseins. Die Aushöhlung demokratischer Institutionen, vor allem jener die Macht kontrollieren bzw. verringerte Möglichkeiten der Einflussnahme oppositioneller Gruppen und zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Politik, ist seit dem Machtantritt der Thai Rak Thai im Jahre 2001 in verstärktem Maße zu beobachten und äußert sich auf verschiedenen Ebenen:

- Ausschaltung der politischen Gegner auf parlamentarischer Ebene durch Druck oder Bestechung
- Aushöhlung der Verwaltung und Besetzung aller entscheidenden Posten und Knotenpunkte mit Anhängern der TRT
- Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen wie NRO oder Bürgergruppen
- Resultat dieser Maßnahmen ist bereits jetzt eine „nationalistische Form der Konsensdemokratie“ basierend auf einem Gesellschaftsvertrag zwischen Regierung und der Mehrzahl der Bürger und ver-

⁶ Siehe: Thirajuth Boonmis Analyse der Verhältnisse in Thailand, The Nation, 28.Juli 2004.

⁷ Siehe: The Nation, 28.Juli 2004.

⁸ Siehe: The Nation, 10.August 2004.

bunden mit Gleichschaltungstendenzen, wie man sie aus autoritären Regimen jedweder Ideologie kennt. Das Ergebnis könnte nach den nächsten Wahlen ein zwar nicht formaler, aber de facto autoritärer Einparteiensstaat sein.

- Es ist aber auch denkbar, dass sich der vorwiegend in den Städten breitmachende Unmut und der Ruf nach einer dritten Kraft, der sich bereits in zwei Partei-Neugründungen unter Führung von Universitätsprofessoren bzw. eines Ex-Generals („The Third Party“ und „Mahachon“) materialisiert hat, zu einer echten Herausforderung für TRT und damit verbundenen politischen Erneuerung Thailands wird. Insofern kann man nicht von einem Stillstand des Demokratisierungsprozesses sprechen, denn die Menschen fangen an, zu begreifen, dass Errungenschaften auf dem Spiel stehen. Es ist auch davon auszugehen, dass sich verschiedene Formen des Widerstandes formatieren werden.

Um bei den zum Jahresbeginn 2005 anstehenden Wahlen die angestrebten 400 Mandate (Thaksin insistiert, dass er diese Zahl trotz weit verbreiteter Meldungen in den Medien nie genannt habe) und damit die Allmacht im Parlament und über die Geschicke des Landes zu erreichen, braucht Thaksin die Stimmen der Menschen auf dem Lande, der Armen und auch der Ärmsten. Das kann ihm nicht nur durch populistische Versprechen, sondern auch tatsächliche Verbesserungen im Sinne sozialstaatlicher Fürsorge auf geringem Niveau, gelingen. Gleichzeitig setzt die Strategie der TRT auf eine Isolierung bzw. Diffamierung und Einschüchterung der Intelligenz und kritischer Teile der Mittelklasse. Beides ist in den letzten Jahren erfolgreich gelungen. Die dritte Schicht, die Clans der Großunternehmer und Finanzgiganten sehen in TRT den Garanten für eine weitere Konzentration ihrer wirtschaftlichen Macht und für Geschäfte und Gewinne, durchaus auch mit Hilfe öffentlicher Gelder.

1.6 Unruhen in Südthailand

Für internationale Schlagzeilen sorgte am 28. April 2004 der bisherige Höhepunkt des Konfliktes in Thailands südlichsten Provinzen Yala, Pattani, Narathiwat und Songkhla. Koordinierte Angriffe von mit Macheten, Messern und wenigen Schusswaffen bewaffneten, vorwiegend Jugendlichen wurden von Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen. 108 Tote auf Seiten der Angreifer, fünf auf der der Sicherheitskräfte waren zu beklagen.

Begonnen hatte die neue Welle der Gewalt in den südlichen Provinzen mit einem Überfall auf ein Militärwaffenlager in Narathiwat Anfang Januar diesen Jahres, bei dem Hunderte Schusswaffen erbeutet und vier Wachen getötet worden waren. Die Regierung reagierte umgehend mit der Verhängung des Ausnahmezustandes. Es folgte ein halbes Jahr mit Morden an Sicherheitskräften, Staatsdienern und unbeteiligten ZivilistInnen und von Brandstiftungen, vorwiegend an staatlichen Schulen. Fast 300 Menschenleben forderte der Konflikt bis Mitte Juni. Berichte über das Verschwinden von Verdächtigen und über Folterungen von Seiten der Polizei und Armee mehren sich. Prominentestes Opfer des systematischen (in Thai) „um“ (das bedeutet: gewaltsames Verschwindenlassen, was aufgrund der gehäuften Praxis in diesem Jahr zum „geflügelten Wort“ wurde) ist der Rechtsanwalt Somchai Neelapaijit, der mutmaßliche Mitglieder des südostasiatischen Terrornetzwerkes Jemaah Islamiyah verteidigte und einer der vehementesten Kritiker des verhängten Ausnahmezustandes war.⁹

Die Unruhen stellen eine erneute Eskalation eines Konflikts dar, der in der siamesischen Annexion des vormaligen Sultanats Pattani zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts wurzelt. Damit wurde ein Gebiet zu einem Teil Siams/Thailands, dass in seiner großen Mehrheit von malaiischen Muslimen bevölkert wird. Diese Gruppe stellt die größte muslimische Gemeinschaft Thailands und zwischen drei und vier Prozent der thailändischen Gesamtbevölkerung. Bis heute sind die malaiischen Muslime in den lokalen Verwaltungen unterrepräsentiert. In den 60er Jahren wurden eine Reihe von separatistischen Organisationen gegründet, die noch heute existieren (z.B. die Pattani United Liberation Organisation, kurz PULO). In jüngster Vergangenheit sind islamistische Gruppen dazugekommen, denen Verbindungen zu Al-Qaida und JI nachgesagt werden.

Das Handeln von Thaksin Shinawatras Regierung gegenüber den Problemen im Süden des Landes ist von Hilflosigkeit und internen Machtkämpfen geprägt. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem Überfall auf das Waffendepot im Januar trug die Regierung zur weiteren Eskalation bei. Im März

⁹ Die Verwicklung von Polizisten in sein Verschwinden ist inzwischen erwiesen, ohne dass der Fall aufgeklärt worden wäre.

schien es mit dem auf Deeskalation setzenden Sieben-Punkte-Plan¹⁰ des Vizepremiers Chaturon Chaisang so, als würde Thaksin eine dialogbereitere Wende der Regierungspolitik unterstützen – nur um kurz darauf wieder umzuschwenken und alle Kritik am Handeln der Staatsgewalt zurückzuweisen.

Ähnlich dem Vorgehen im sogenannten „Krieg gegen die Drogen“ des vergangenen Jahres zeigen die Sicherheitskräfte wenig Skrupel bei der Wahl ihrer Mittel – wie Berichte über Entführungen als Mittel der Problemlösung und ungesetzliche Tötungen (extrajudicial killings) sowie Polizeimisshandlungen nahe legen. Gewaltsame Unterdrückung der Unruhen, gepaart mit wirtschaftlich- sozialer Befriedung, wird jedoch als Antwort auf die Krise nicht ausreichen, da es sich um einen historischen Konflikt handelt, bei dem es auch um die Anerkennung und Akzeptanz kulturell-religiöser Differenz, und nicht nur um Arbeitsbekämpfung und sozialen Interessenausgleich geht. Wenn die kulturell-religiöse Dimension vernachlässigt wird und die staatliche Gewalt als anti-islamisch empfunden wird, werden religiöse Hassprediger weiterhin ein leichtes Spiel haben: wo die lokale muslimisch-malaiische Diskriminierungserfahrung/Opferhaltung in den globalen Kontext des „Kriegs gegen den Terror“, der in der islamischen Welt oft als „Krieg gegen den Islam“ wahrgenommen wird, hinein wächst, wird der *jihad* mehr und mehr als „legitime Option“ im Kampf gegen die übermächtigen „Feinde des Islam“ gerechtfertigt. Im Rahmen globalisierter „islamischer Solidarität“ rücken der Kampf, das Leiden (und der Terror) der PalästinenserInnen und Irakis näher und bilden Bezugspunkte und Identifikationsmomente für die muslimische Minderheit. Die Entsendung thailändischer Truppen innerhalb der „Koalition der Willigen“ in den Irak durch die Thaksin-Regierung ist so gesehen ein weiterer, verheerend entfremdender Faktor für die muslimischen Minderheiten im Land. Namhafte Kenner der thailändischen Verhältnisse wie Benedict Anderson („Imagined Communities“) halten zwar nach wie vor den lokalen Kontext für die entscheidende Dimension in diesem Konflikt und den politisierten Islam lediglich für ein Instrument. Doch birgt die veränderte weltpolitische Situation zwischen Anti-Terror-Kreuzzug, politischem Islam und Globalisierung das Risiko einer Eskalation in Südthailand.

1.7 Korruption

Korruption ist trotz der Einrichtung demokratischer Kontrollinstitutionen nach wie vor eines der größten Probleme für politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes (siehe oben). Neben das traditionell bürokratische Patron-Klient-System tritt immer stärker die Korruption zwischen Wirtschaftselite und Regierung. Der oben erwähnte Bericht des Thaksin-Kritikers Thirayuth Boonmi zeigt das ganze Ausmaß. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der Position Thailands auf dem Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International wieder. Hier besetzt Thailand mit dem Wert 3,3 im Jahre 2003 Platz Nr.70 von 133. Seit der Einführung des Index im Jahre 2001, also im Jahr des Regierungsantritts der TRT, konnte sich Thailand nicht substantiell verbessern, so nahm es 2001 mit einem Wert von 3,2 Platz 61 von 91 ausgewerteten Ländern ein, 2002 mit dem gleichen Wert Platz 64 von 104 Ländern ein.¹¹

Nicht nur auf höchster Ebene gibt es permanente Verstrickungen zwischen den Interessen der Parteimitglieder von Thai Rak Thai und der Regierung oder zwischen der Regierung und der Wirtschaftselite (dies wird durchaus auch in Personalunion sichtbar). Die Korruption ist bis auf die lokale Ebene zu verfolgen, auf der einflussreiche Wirtschaftsbesitzer und die Thai Rak Thai mit Bestechungen oder Drohungen versuchen, Wirtschaftsprojekte umzusetzen. Die lokalen CEO-Gouverneure spielen dabei mitunter eine besonders negative Rolle.

Ein gutes Beispiel für die umstrittene Politik der Regierung ist die Beteiligung der Shin Corp. (die Unternehmensgruppe der Familie des PM) bei dem Unternehmen Air Asia Aviation. Trotz Protesten aus den Reihen der Opposition wurde dieser Interessenskonflikt nicht aufgelöst.¹² Im Zusammenhang mit Korruption ist auch auf die drohende Monopolisierung der Pressestimmen hinzuweisen. Es ist wohl kein Zufall, dass Shin Corp. sich große Anteile an dem ehemals einzigen unabhängigen Fernsehsender iTV ge-

¹⁰ Der Chaturon-Plan sah u.a. vor, den Ausnahmezustand zu beenden, die Entsendung nicht mit der Region vertrauter Sicherheitsoffiziere zu stoppen, eine weitreichende Amnestie für „troublemakers“ in die Wege zu leiten und das religiös orientierte *pondok*-Schulsystem stärker zu unterstützen.

¹¹ Höchster Wert ist 10. Länder mit über 9 gelten als Länder mit sehr gering wahrnehmbarer Korruption. Damit gehört Thailand mit einem Wert von 3,2, bzw. 3,3 trotz seiner Position im Ranking-Mittelfeld keineswegs qualitativ zum Mittelfeld. Zum Vergleich: Im Jahre 2003 sind Länder wie Kolumbien, Kuba, Malaysia und China im Ranking über Thailand. Thailand teilt seinen Wert mit Bosnien-Herzegowina, der Dominikanischen Republik, Ägypten, Ghana und Marokko.

¹² Siehe: The Nation, 16.November 2003.

kauft hat. Seit dem sendet die Station vorwiegend Thaksin-freundliche Nachrichten. Familienmitglieder des Industrieministers Suriya Jungrungeangkit, der gleichzeitig Generalsekretär der TRT ist, haben sich 20% des bis dato unabhängigen Nation Multimedia Konzerns gesichert.¹³ Die drohende Monopolisierung der Presse und des ICT-Sektors in Thailand wird noch einmal besonders deutlich, wenn man das mächtige Unternehmen Shin genauer betrachtet: Die Familie Shinawatra kontrolliert über 20 Firmen, die sich mit allen Aspekten der Telekommunikation und Medien beschäftigen, wie Computer, Internet, Unterhaltung und Satellitentechnologie. Der Chef der Exim-Bank hat in einer Befragung durch den Senat zugegeben, dass die Vergabe von Einzelkreditkomponenten an die Shin Corp. im Rahmen eines thailändischen Großkredites an die burmesische Regierung zum Ausbau ihres Telekommunikationssektors „nicht zu umgehen war“, da man sich des Drucks trotz Fehlens schriftlicher Anweisungen nicht erwehren konnte. Durch die „Kontrolle“ bzw. Gleichschaltung möglicher demokratischer „Watchdogs“ und die Stigmatisierung zivilgesellschaftlicher Akteure, vornehmlich NRO, kann das Korruptionssystem durch die TRT systematisch geschützt werden. Die Regierung ist zudem äußerst resistent gegen Kritik. Durch die marginalisierte Opposition im Parlament kann nur unzureichend Kontrolle ausgeübt werden. Und so bleiben Entscheidungen wie die Ernennung des Cousins des Premierministers zum Chef der Armee im August 2003 bis auf leisen Protest ebenso wie die allgemeine Stärkung der Rolle des Militärs, das seit 1992 auf einem zivil-militärischen Rückzug war, weitgehend unbestritten.¹⁴

1.8 Die Vogelgrippe in Thailand

Anfang des Jahres 2004 breitete sich in ganz Südostasien mit rasanter Geschwindigkeit die Vogelgrippe aus. Nach nur wenigen Monaten waren 100 Millionen Tiere vorsorglich getötet worden, allein 37 Millionen in Thailand. Die Vogelgrippe konnte aufgrund der massiven Tötungen im Frühjahr eingedämmt werden, brach jedoch im Juli wieder aus und forderte einige Menschenleben in Vietnam und Thailand. Damit bleibt die Bekämpfung der Vogelgrippe eine der Kernherausforderungen Thailands, die nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Wirtschaft (als einer der weltgrößten Geflügelexporture, siehe auch die Tourismusbranche) gefährdet. Am 30. Juli 2004 waren bereits wieder 21 von 76 Provinzen des Landes von der Vogelgrippe betroffen.¹⁵

Die Regierungspolitik gegenüber der Vogelgrippe hat sich als teilweise erfolgreich bewiesen, stand aber unter scharfer Kritik. Besonders in den Anfängen der Krise wurde der Ausbruch der Vogelgrippe immer wieder geleugnet. Noch am 17. Januar 2004 wurden die Berichte darüber vom Landwirtschaftsministerium scharf zurückgewiesen, am 21. Januar gab es ein öffentliches Hühnchenessen des Kabinetts. Am 23. Januar musste das Problem schließlich zugegeben werden. Als Reaktion darauf stoppten die EU und andere Länder am 23. Januar alle Geflügelimporte aus Thailand. Opposition und Kritiker warfen der Regierung vor, den Ausbruch bereits seit Wochen geheimgehalten zu haben, was die Regierung als unzutreffend zurückwies. Die sich verlangsamende Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2004 findet in dieser Krise einen Grund.

Im Zusammenhang mit oben beschriebenen Tendenzen, Kritik nicht zuzulassen, Kritiker zu marginalisieren und demokratische Rechte, auch das auf Information, zu beschränken, zeigte auch das Problem der Vogelgrippe dem internationalen Beobachter, wie sich PM Thaksin den Gehorsam und das Vertrauen seiner Untertanen wünscht: keinen Verzicht auf Hühnerfleisch, da unpatriotisch, weil wirtschaftsschädigend und zugleich absolutes Vertrauen in die Informationen der Regierung.

1.9 Erfolgsgeschichte HIV/AIDS

Als Gastgeber der 15. Internationalen Aids-Konferenz vom 11. bis 16. Juli 2004 rückte Thailand und seine Aidspolitik in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Thailand steht für eine ungewöhnliche Erfolgsgeschichte im Kampf gegen die Ausbreitung der Seuche. Es ist eines der wenigen Länder der Erde, das es geschafft hat, die Ausbreitung nicht nur zu stoppen, sondern auch die Neuinfektionen um 83% zwischen 1991 und 2003 zu reduzieren. Angesichts der weiter erschreckend hohen Infektionszahlen in Asien, Osteuropa und Afrika ist diese Leistung zu würdigen. Gezielte Zusammenarbeit zwischen Ministe-

¹³ Siehe: Far Eastern Economic Review, 11. Dezember 2003.

¹⁴ Siehe: The Nation, 30. August 2003.

¹⁵ Vergleiche: WHO.org, Stand: 30. Juli 2004.

rien, Kommunen, NRO, Medien, der Polizei und dem privaten Sektor im letzten Jahrzehnt haben diese Reduzierung auch trotz der allgegenwärtigen Prostitution möglich gemacht.¹⁶ Sicherlich bleibt HIV/Aids trotzdem eine gefährliche Bedrohung für Thailand, man erinnere hier nur an die kritische Situation an den Grenzen zu Burma/Myanmar und Kambodscha, deren Infektionsrate jeweils weiter steigt. Die Äußerungen des Premierministers während der Konferenz weisen deutlich auf ein weiterhin starkes Engagement gegen die Ausbreitung der Krankheit und für die Behandlung der Infizierten hin. Im August 2004 bezweifelten zwar HIV/Aids-Aktivistinnen in Thailand, wie die Aids Access Foundation, dass die von der Regierung zukünftig bereitgestellten 800 Millionen Baht ausreichen würden, um die anvisierten 50.000 Patienten mit antiretroviralen Medikamenten zu versorgen, die Regierung jedoch unterstrich wiederum deutlich, die Behandlung bis Ende des Jahres auch mit internationaler Unterstützung durchführen zu wollen und zu können.¹⁷

1.10 Internationale Beziehungen

Handel, regionale Integration und Paktbildung

Thailand spielt regional und international eine immer wichtigere Rolle. Besonders herausragend ist dabei seine wirtschaftliche Position in Südostasien und inzwischen auch die Rolle als Alliiertes des Westens, insbesondere der USA. Die liberal-marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik des Premierministers hat Thailand in der APEC und ASEAN eine Führungsposition gesichert, wie auch das Gipfeltreffen der 21 Staats- und Regierungschefs der APEC in Bangkok zeigte. Basis für das stärkere Auftreten Thailands in der Region sind dabei die guten Wirtschaftsdaten der letzten Jahre.

Die Regierung arbeitet weiterhin auf die Realisierung einer großen asiatischen Freihandelszone im Rahmen des AFTA (Asian Free Trade Agreement) im Jahre 2005 hin. Thailand positioniert sich in internationalen Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen der WTO einerseits auf Seiten der Entwicklungsländer für „gerechteren“ Freihandel (als Mitglied der G 20), zugleich sucht Thailand aber auch erfolgreich jede Möglichkeit des Abschlusses von bilateralen Freihandelsabkommen mit führenden Wirtschaftsmächten. Als Beispiele hierfür können die beiden im Jahre 2004 eingeleiteten Verhandlungen mit den USA und Australien gelten. Mit China wurde bereits ein auf bestimmte Landwirtschaftsprodukte (vornehmlich Obst und Gemüse) begrenzte FTA abgeschlossen.

Thailand als Verbündeter des Westens und Mitglied in der „Koalition der Willigen“

Thailand tritt auch vermehrt als Truppensteller in internationalen Missionen (Afghanistan, Ost-Timor) auf. So wurde ab Oktober 2003 im Irak ein thailändisches Sanitätskorps stationiert, um den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. Thailand wurde damit ein Mitglied der sogenannten „Koalition der Willigen“, obwohl es die Kampfhandlungen im Frühjahr 2003 nicht aktiv unterstützte und offiziell auf eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts im Rahmen der VN hingearbeitet hatte. Bedingt durch die gewalttätigen Unruhen im Irak, sicher auch beeinflusst durch jene im Süden des eigenen Landes, begann Thailand jedoch im Juli 2004 mit dem Abzug seiner Truppen aus dem Irak, verbunden mit der Ankündigung, die Mission sei erfüllt.

Mit Blick auf die Unruhen in Südthailand wird das Land in politischen Analysen immer wieder als ein mögliches „Schlachtfeld“ des „War on Terror“ genannt. Der auch daraus resultierende Schulterschluss mit den USA unterstreicht Thailands stärkere Rolle in Südostasien. Das Angebot der Bush-Regierung, US-Truppen in Thailand zu stationieren, der im Oktober verliehene Status eines besonderen Verbündeten der USA, aber auch das Freihandelsabkommen mit den USA sind die Resultate des neuen engen Verhältnisses zwischen der Bush- und der Thaksin-Administration.¹⁸ Es soll aber hier nicht unerwähnt bleiben, dass es immer wieder vereinzelt kritische Stimmen aus den USA an der Regierung der TRT gibt, wie die Kritik des Außenministeriums der USA an der Ausweisung sich illegal im Land befindlicher Kambodschaner im Oktober 2003 oder auch zur sich verschlechternden Menschenrechtssituation in Thailand.¹⁹ Eine Kehrseite der Internationalisierungs-Medaille ist der mittlerweile nicht mehr nur subtil propagierte Nationalismus der TRT Regierung. Einerseits sind internationale Investitionen willkommen und eine

¹⁶ vergleiche hierzu: UNAIDS.org, Stand 16. August 2004.

¹⁷ siehe: The Nation, 11. Juli und 18. August 2004.

¹⁸ siehe: The Nation, 4. Januar und 4. Mai 2004.

¹⁹ siehe: Die Zeit, 11. Oktober 2003.

neoliberal-nationalistische Wirtschaftsausrichtung im Land wird durch neoliberale (Aussen-) Handelspolitik komplementiert, andererseits stehen internationale Akteure wie VN-Unterorganisationen, transnationale NRO oder international agierende Stiftungen wie die Heinrich-Böll-Stiftung unter kritischer Regierungsbeobachtung. Diesen Institutionen wird mitunter vorgeworfen mit ihrem Geld inneren Unfrieden in Thailand zu schüren oder sich in nationale Angelegenheiten einzumischen.

Thai-Burmesische Beziehungen

Die traditionell schwierigen Beziehungen zum Nachbarland Burma/Myanmar werden von der TRT-Regierung pragmatisch behandelt. Trotz der ständig präsenten Gefahr bewaffneter Grenzkonflikte mit dem Militärregime in Burma/Myanmar besteht auf höchster politischer Ebene ein Dialog. Dahinter stehen vornehmlich Wirtschaftsinteressen, schließlich stellt das Nachbarland einen riesigen Markt für potentielle Investitionen und Exporte aus Thailand dar. Sachthemen des Dialogs sind deshalb die bilaterale wirtschaftliche Kooperation, die vertiefende Integration Burmas/Myanmars in die ASEAN, der grenzüberschreitende Drogenhandel und die Frage der sich in Thailand im Exil befindlichen Burmesen als Flüchtlinge oder die der Wanderarbeiter.

Zwar wird die Demokratisierung und die Beendigung der Unterdrückung der demokratischen Opposition in Burma/Myanmar angemahnt, insgesamt steht die Politik jedoch eher unter dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ und ist weniger an Reformen in Burma/Myanmar interessiert, sondern vornehmlich an Verbesserungen der Rahmenbedingungen für thailändisches wirtschaftliches Engagement im Nachbarland.

1.11 Ausblick: Kein Stillstand des Demokratisierungsprozesses !?

Der Wahlsieg der Thai Rak Thai und damit des Premierministers Thaksin Shinawatra bei den Parlamentswahlen Anfang 2005 gilt als sicher. Damit bleiben die in diesem Bericht skizzierten Rahmenbedingungen für ein Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung weiterhin aktuell, wahrscheinlich ist sogar mit einer Vertiefung der gekennzeichneten Probleme zu rechnen. Der institutionelle Spielraum für demokratische Partizipation wird immer enger, die Kontrolle der Gesellschaft und der Medien nimmt zu. Für Thaksin Shinawatra ist ein passives, wirtschaftlich und sozial zufriedenes Volk das Ziel. Das ist aber nicht zwingend mit einem Stillstand des Demokratisierungsprozesses gleichzusetzen. Die oben aufgezeigte Unruhe, der Unmut und eine bereits tief verwurzelte liberale demokratische Tradition unter den Intellektuellen und jungen Menschen in den Städten könnte im Verein mit NRO und Vertretern von Bürgerbewegungen zur Formierung einer alternativen politischen Kraft führen und die Allmacht der TRT herausfordern. Eine echte politische Alternative wäre wünschenswert, damit es nicht zu einer 2/3-Mehrheit von TRT kommt, die die Möglichkeit einer Verfassungsänderung mit sich bringt.. Ob eine der bereits gegründeten Parteien „Mahachon“ oder „The Third Party“ zum Sammelbecken dieser Bewegung werden kann oder ob die Zeit ausreicht, dass sich eine weitere politische Kraft formiert, ist derzeit offen (siehe dazu mehr unten).

Die Wirtschaftslage wird in den kommenden beiden Jahren wahrscheinlich stabil bleiben, die Bilanzen der letzten Jahre zu wiederholen, ist dennoch kein leichtes Spiel. Zu sehr wird auch die thailändische Wirtschaft durch die Vogelgrippe, die weiterhin instabile Situation im Süden, durch den wachsenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas in der Region und auf die unmittelbaren Wirtschaftszusammenhänge Thailands sowie durch den hohen Ölpreis, bisher durch starke Subventionierung für den Endverbraucher gemildert, in Mitleidenschaft gezogen. Wenngleich mit einer Krise der Wirtschaft zwar kurzfristig nicht zu rechnen ist, so könnte die zum Teil stark verschuldete, thailändische Gesellschaft größere internationale Verwerfungen jedoch kaum unbeschadet überstehen. Die weitere regionale wirtschaftliche Einbindung und die von Thailand stark mit vorangetriebene Schaffung eines regionalen Währungsfonds bieten hingegen ein bestimmtes Maß an Sicherheit.

Die Arbeit kritischer NRO wird durch die auf einen autoritären Staat ausgerichtete Politik zu leiden haben. Sie werden als ein schwer kontrollierbarer „fremder Hahn im Hof“ empfunden. Es ist deshalb zu vermuten, dass die Regierung weiter verstärkt versuchen wird, zivile Aktivisten und auch deren nationale und internationale Geldgeber zu isolieren und als unpatriotisch zu diffamieren. Ob die von Prof. Thirayuth Boonmi erhoffte und geforderte neue Allianz der liberalen und gebildeten Mittelklasse gegen die restriktive Politik der Regierung Erfolg haben wird und sich als eine dritte politische Kraft formieren kann (siehe oben), bleibt abzuwarten. Eine solche Allianz müsste ein für den thailändischen Kontext untypisch

breit angelegtes Interessenbündnis über ideologische Grenzen hinweg umfassen. In einer traditionell in engen Kreisen agierenden thailändischen Gesellschaft ist das nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch, Unzufriedenheit mit der Regierung ist durchaus an verschiedenen Stellen der Gesellschaft zu beobachten und immer mehr Studien und Untersuchungen von noch unabhängigen Institutionen kritisieren die Praktiken der Regierung. So kündigte im August 2004 die University of the Thai Chamber of Commerce eine Evaluation über die als verfehlt wahrgenommene Kreditpolitik der Regierung an und bereits Anfang August veröffentlichte die National Human Rights Commission ihren ersten umfassenden Report unter der Überschrift "State stronger, people weaker"²⁰. Sechs Monate vor den Wahlen beginnt sich die Parteienlandschaft zu ändern. „The third party“ wurde gegründet, aber sofort begann (sogar mit einigem Recht) die Diskussion, dass die Parteigründer auf die Idee anderer aufgesattelt haben. Das indiziert nicht gerade die notwendige Einheit im Sinne des Entstehens einer dritten Kraft als Wähleralternative. Hoffnung signalisiert der Ausgang der Bürgermeisterwahlen in Bangkok. Ein Kandidat der oppositionellen Partei der Demokraten (Apisuk Kosayodhin) machte mit 300.000 Stimmen Vorsprung das Rennen gegen die offiziell unabhängige Kandidatin Pavena Hongsakula, der zuletzt mehr oder weniger offen, ob von ihr gewünscht oder nicht, Unterstützung durch TRT zuteil wurde. Politische Analysten sehen in diesem Wahlsieg Apisuk's eine klare Kampfansage der Bangkokener Mittelklasse an die Allmacht von TRT. Bis 1932 hieß Thailand „Siam“, was „Land der Freien“ bedeutet. Möglicherweise ist der bekannte Eigensinn und Freiheitswille der Thais groß genug, bei den kommenden Wahlen dem Wahlziel „Allmacht mit 400 Mandaten“, und damit verfassungsändernden Mehrheiten, eine klare Absage zuerteilen. Die Wahlen werden aber auf dem Land entschieden, insofern dient die Bangkokener Bürgermeisterwahl nur begrenzt als Barometer. Solange eine Mehrheit der Thais nämlich durch wirtschaftliche Prosperität nach dem „Schnullerprinzip“ befriedigt bleibt, (selbst wenn dies auf einem paternalistischen Gesellschaftsvertrag beruht), wird es selbst beim Zustandekommen einer Allianz kritischer Kräfte schwer, die beschriebenen Tendenzen umzukehren. Darüber hinaus ist eine stärkere Vertretung der Partei der Demokraten im Parlament für die Demokratie des Landes zwar wichtig, viele Probleme mit denen Thailand zu kämpfen hat, sind allerdings auch das Erbe der Politik eben jener Partei, was letztlich den Ruf nach einer dritten Partei/Kraft verstärkt. Die größte Herausforderung für Thailands Zivilgesellschaft wird in den folgenden Jahren daher im Kampf gegen Gleichschaltung und in der Entwicklung einer gebündelten „dritten Kraft“ im Sinne einer politischen Alternative liegen, um demokratische Rechte und Partizipationsmöglichkeiten zu verteidigen und die emanzipatorischen Elemente einer sich entwickelnden lebendigen Bürgerdemokratie zu stärken. Aufgabe und Herausforderung der Arbeit des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung ist es, diesen Prozess und in ihm wirkende Akteure zu unterstützen und kritisch zu begleiten.

²⁰ siehe: The Nation, 18.August 2004 und 5.August 2004.

2. Burma/Myanmar

2.1 Einleitung und Grundlagen

Burma/Myanmar befindet sich seit über einem Jahrzehnt in einer politischen und gesellschaftlichen Sackgasse. Die autoritäre Militärdiktatur, die das Land in unterschiedlicher Zusammensetzung seit 1962 beherrscht, ist nicht in der Lage, die wichtigen ökonomischen und sozialen Herausforderungen für die Bevölkerung zu bewältigen. Der Prozess der Demokratisierung kommt nur lähmend langsam voran, wenn man überhaupt von einem Fortschritt sprechen will.

Die Macht im Kernland liegt noch immer ungebrochen in den Händen des *State Peace and Development Council* (SPDC), der aus dem Militär bestehenden Staatsführung. Gleichzeitig hat Burma/Myanmar ein massives Problem mit seiner Staatlichkeit.²¹ Zwar ist das Kernland unter der Kontrolle der Militär-Junta, die Randregionen des Landes, bewohnt von ethnischen Minderheiten, stehen jedoch oftmals unter der Kontrolle sogenannter Befreiungs- oder Unabhängigkeitsbewegungen, Militärgruppen und Drogenbaronen. Neben den immer wieder aufflammenden Gefechten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und der Zentralregierung kommt es gleichzeitig zu einem hohen Maß an Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den „Lokalfürsten“, besonders im Bereich des Drogenhandels.

Das Land steht heute nach Befürchtungen verschiedener NRO und den VN am Rande einer humanitären Katastrophe. Bereits in den 90er Jahren lebten 30-40% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die Kindersterblichkeit lag bei 105 von 1000 Geburten und knapp 60% der Kinder galten als unterernährt. Die HIV/Aids-Rate stieg in den letzten Jahren weiter rasant an. Schon längst hat auch in Burma/Myanmar die Immunschwächekrankheit den Stand einer Seuche erreicht²². Laut UNAIDS sollen 330.000, möglicherweise 620.000 Menschen zwischen 15 und 19 Jahren HIV-infiziert sein.²³

Die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wird seit der im Jahre 1990 abgehaltenen Wahl, bei der ihre demokratische Bewegung NLD (National League for Democracy) mit einem Stimmenanteil von über 80% einen überwältigenden Sieg feiern konnte, von der Militär-Junta immer wieder drangsaliert und inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt. Die Wahl wurde von den regierenden Generälen nicht als Basis für einen Machtwechsel anerkannt. Trotz internationaler Proteste befindet sich NLD-Generalsekretärin Aung San Suu Kyi gegenwärtig nach einer erneuten Verhaftung und Gefängnisaufenthalt im Mai/Juni 2003 wieder unter Hausarrest, auch wenn momentan offiziell die Möglichkeit für sie bestünde, sich im Land zu bewegen.

Gewalt gegen die Opposition und die ethnischen Minderheiten sind in Burma/Myanmar an der Tagesordnung. Angaben über die Verhältnisse im Land sind dabei durch die totale Kontrolle der Medien und damit auch der ausländischen Beobachter und Journalisten oft nur schwer zu erhalten.

Wirtschaftlich steht Burma/Myanmar unter der Kontrolle des Militärs, der Staat reguliert alle bedeutenden Wirtschaftssektoren. Auch die Aufnahme Burmas/Myanmars in die ASEAN im Jahre 1997 hat an der schwierigen Situation der Wirtschaft des Landes nichts grundlegendes geändert. Nur langsam integriert sich der burmesische Markt in die regionale Wirtschaft. Burma/Myanmar ist durch die Militärdiktatur und die damit verbundene fehlende Rechtsicherheit und Rechtstaatlichkeit nur wenig attraktiv für ausländische Investoren. Wichtige Wirtschaftspartner sind China, das der Militärjunta auch politisch Rückendeckung gibt, aber auch der wirtschaftlich starke Nachbar Thailand, mit dem es jedoch gleichzeitig seit Jahren Konflikte gibt, die immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen im Grenzgebiet führen. Nachhaltiges bzw. ökologisches Wirtschaften ist unter den heutigen Umständen in Burma/Myanmar als nationales Entwicklungsziel geradezu unmöglich. Dennoch gibt es lokale Ansätze, ökologisches Wirtschaften und Armutsbekämpfung programmatisch miteinander zu verbinden, wie das z.B. die lokale NRO FREDA (Forest Resource Environment Development and Conservation Association) tut. Die Entwicklung des Landes wird unter den regierenden Militärs voraussichtlich weiter stark gehemmt bleiben.

²¹ siehe hierzu und zur Frage der Demokratisierungsdefizite in Burma/Myanmar allgemein: Ländergutachten des Bertelsmann Transformations Index. www.bertelsmann-transformation-index.de (15.August 2004)

²² siehe hierzu: René Hingst, Herausforderungen des politischen Wandels in Burma/Myanmar, Entwicklungspolitisches Engagement im Transformationsprozess, Rahmenbedingungen und Lösungsansätze. Veröffentlichung der Heinrich-Böll-Stiftung, 2003.

²³ Siehe Burma Nachrichten 13/2004, 23.Juli 2004 unter www.ibiblio.org

Die Konflikte zwischen der burmesischen Mehrheitsbevölkerung und der von dieser dominierten Militärregierung und den ethnischen Minderheiten stellen eine ständige Herausforderung für das Land dar. Circa 40% der Gesamtbevölkerung von 52 Millionen sind den Minderheiten zuzurechnen. Diese bewohnen dabei circa 60% des Landes. Mit 135 verschiedenen Sprachgruppen, die grob den sieben ethnischen Obergruppen der Karen, Karenni, Shan, Kachin, Chin, Arakanesen und Mon zugeordnet werden, existiert eine außerordentliche Vielfalt ethnischer Minderheiten und damit möglicher Konfliktlinien mit den Burmesen.²⁴ Auch wenn die Zentralregierung durch massiven Einsatz von Personal und Material wichtige Auseinandersetzungen für sich entscheiden konnte und mit den meisten der ethnischen Gruppen im Laufe der 90er Jahre Waffenstillstandsverträge und Koalitionsvereinbarungen getroffen hat, bleibt Gewalt weiterhin durch verschiedene bewaffnete Gruppierungen präsent.

Die ethnischen Konfliktlinien vertiefen damit zusätzlich die Schwierigkeiten, den Vielvölkerstaat demokratisch zu reformieren.

Burmas/Myanmars internationale Stellung ist schwierig: Auch wenn das Regime 1997 die teilweise selbstgewählte Isolation aufgab, ist das Land in vielen Bereichen nicht integriert und stößt besonders im Westen auf Ablehnung. Die USA und die EU haben das Land seit der blutigen Niederschlagung der demokratischen Opposition im Jahre 1988 mit Sanktionen belegt. Auch die VN stehen dem Militärregime sehr kritisch gegenüber. In der Region spielt Burma/Myanmar eine nicht unbedeutende strategische und geopolitische Rolle. Für seine Schutzmacht China ist der kleine Nachbar ein strategischer Partner in Südostasien: Burma/Myanmar sichert den Zugang zur Bucht von Bengalen und damit wichtige Handelswege, die im Falle einer Krise nicht durch andere südostasiatische Länder kontrolliert werden könnten. Ebenso nutzt China die Möglichkeit, die geopolitisch-strategischen Interessen Indiens über Burma/Myanmar zu beobachten und zu kontrollieren. Damit ist die Junta auch für Indien wichtig geworden. Gehörte Indien in den Jahren nach 1988 noch zu den schärfsten Kritikern des Regimes, hat sich diese Haltung auch aufgrund wirtschaftlich-strategischer Interessen „pragmatisiert“. Für ASEAN, eine Organisation die vor allem ein Gegengewicht zur allgegenwärtigen chinesischen Wirtschaftsmacht in der Region bilden möchte, wird eine stärkere Integration Burmas/Myanmars damit notwendig.²⁵

Durch die anhaltende Unterdrückung der Opposition und die unbewegliche Politik der Junta bleibt Burma/Myanmar aber auch unter den asiatischen Ländern ein schwieriger Kooperationspartner. Im Gegensatz zu China fehlt Burma/Myanmar auch die wirtschaftliche Attraktivität, über die Partner für einen internationalen Dialog bzw. eine Wirtschaftsintegration gewonnen werden könnten. Seit Beginn der 90er Jahre gehen die Auslandsinvestitionen kontinuierlich zurück. Als Erfolg konnte die Regierung das Ausseren Japans aus der internationalen Sanktionskoalition im Jahre 2001 aufgrund des zaghaften Dialogs mit Aung San Suu Kyi bewerten.

Die seit Jahrzehnten schwierigen Beziehungen zum Nachbarland Thailand werden durch politische Gespräche auf höchster Ebene zu entspannen versucht. Viele Probleme verbinden beide Länder und zwingen zur Sachkooperation, wie die Frage des Drogenhandels und der burmesischen Flüchtlinge oder der Wanderarbeiter in Thailand. Thailand übt dabei vorsichtigen Druck auf das burmesische Regime aus, die Demokratisierung des Landes endlich einzuleiten, vornehmlich jedoch aus wirtschaftlichen Interessen: ein positives Investitionsklima braucht ein Mindestmaß an demokratischen und vor allem rechtsstaatlichen Grundlagen, und die fehlen bisher. Die folgenden Abschnitte bieten einen Überblick zu aktuellen Entwicklungen der innenpolitischen Situation, mit besonderer Betrachtung des Transformationsprozesses und der ethnischen Konflikte, sowie zur internationalen Position Burmas/Myanmars im Berichtszeitraum Sommer 2003 bis Sommer 2004.

2.2 Entwicklung der innenpolitischen Situation in Burma/Myanmar, Mitte 2003 bis Mitte 2004

Die NLD und Verhaftungen im Mai 2003

Das Frühjahr und der Frühsommer des Jahres 2003 waren geprägt durch neue Gewalt und Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den oppositionellen Kräften. Damit wurde ein Entspannungsprozess, der seit Oktober 2000 durch die Freilassung politischer Häftlinge und einen zaghaften offiziellen Dialog zwischen NLD (National League for Democracy) und Militär eingeleitet wurde, beendet. Das Regime inhaftierte im Mai nach einem blutigen Überfall regierungsnaher Kräfte auf einen Autokonvoi

²⁴ Vergleiche hierzu auch René Hingst, S.15-17.

²⁵ ebenda, S.43-45.

Aung San Suu Kyi und die übrige Führung der NLD. Aung San Suu Kyi, die unverletzt geblieben war²⁶, wurde schließlich am 26. September 2003 zurück in ihr Haus in die Hauptstadt Rangoon gebracht und unter Hausarrest gestellt. Erst im November 2003 wurde der strikte Hausarrest aufgehoben. Aung San Suu Kyi jedoch verbleibt aus Protest über die unzähligen namenlosen NLD-Häftlinge in den Gefängnissen weiterhin freiwillig im Hausarrest: Erst bei einer Entlassung aller politischer Häftlinge will sie das Angebot der Regierung wahrnehmen und den freiwilligen Hausarrest beenden.

Im Laufe der Krise im Mai 2003 wurden auch die Universitäten in Burma/Myanmar geschlossen und erst im Juni wieder geöffnet. Ein trauriges Beispiel für die staatliche Gewalt war die Erschießung von mindestens vier Gefangenen im Bassein-Gefängnis, die sich mit einem Hungerstreik für die Freilassung der Nobelpreisträgerin einsetzten.²⁷ Erst im November 2003, wenige Wochen nach dem Besuch des UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Sergio Pinheiro, wurde die Freilassung von 58 oppositionellen Gefangenen bekannt gegeben. Auch der Hausarrest von fünf führenden NLD-Politikern, ebenfalls am 30. Mai festgenommen, wurde aufgehoben. Weitere 16 politische Gefangene des 30. Mai wurden Anfang Dezember aus der Haft entlassen, die offiziell letzten 26 Gefangenen der Zusammenstöße des Frühjahrs kamen im Januar frei.²⁸

Trotz umfassender internationaler Proteste und Aktionen (beispielweise von VN-Generalsekretär Kofi Annan im Juni 2003, den US Menschenrechtsbeauftragten Jackson im Herbst 2003, internationale Aktionsbündnisse und Amnesty International) gegen die Verhaftungen, den Hausarrest für Aung San Suu Kyi und die anhaltende Unterdrückung der Opposition ist kein Fortschritt in dem Verhältnis zwischen der NLD und dem Regime zu erkennen. Besonders deutlich wird diese Tatsache in der Diskussion um den Nationalkonvent (National Convention).

Der Nationalkonvent

Im Sommer 2003 verkündete der neue Premierminister General Khin Nyunt einen Sieben-Stufen-Plan (Roadmap) zur Herstellung der Demokratie in Burma/Myanmar.²⁹ Khin Nyunt ist, nach allem was über ihn bekannt ist, eher geneigt einen Reformprozess in Gang zu setzen als der Hardliner und Staatschef Senior General Than Shwe. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die beiden Militärs miteinander um die Macht in der Junta konkurrieren.

Der Roadmap-Plan wurde jedoch ohne einen Zeitrahmen präsentiert und auch internationale und nationale Kommentatoren beurteilten den Plan, der sicherlich als ein Resultat des Drucks auf das Regime entwickelt wurde, skeptisch. Tatsächlich ist zu bezweifeln, ob das Regime eine demokratische Öffnung überhaupt ernsthaft beabsichtigt. Die erste Stufe des Plans sieht einen Nationalkonvent vor, der eine Verfassung und Wahlen vorbereiten soll. Das Militär hat für den Konvent einen Verfassungsentwurf vorgelegt.

Von Anfang an weigerten sich bestimmte Gruppen an dem umstrittenen Nationalkonvent teilzunehmen, so Vertreter der ethnischen Gruppen der Karen, Chin und Shan, solange der Konvent nicht der NLD und Aung San Suu Kyi eine wichtige Rolle garantiert. Unterstrichen wurde diese Position nochmals während des „Dritten Seminars der ethnischen Nationalitäten“ (12. Januar bis 2. Februar 2004), auf dem 25 ethnische Gruppen die Roadmap und damit den Konvent ablehnten.³⁰ Konvent und Roadmap würden nur zur Erhaltung der Militärdiktatur genutzt werden, so die abschließende Erklärung. Die NLD hielt sich, auch aufgrund der Gefangenschaft vieler ihrer Anführer, mit einem Statement zum Konvent lange zurück. Im Winter 2003/04 kündigte die Junta die Einberufung des Konvents für das Frühjahr 2004 an, die dann tatsächlich am 17. Mai 2004 erfolgte. Das Regime hatte sich durch die anhaltende Kritik dazu entschieden, Vertreter der ethnischen Organisationen und der NLD einzuladen. So hatte bereits im November 2003 VN-Generalsekretär Annan die Militärregierung stark dafür kritisiert, eine Roadmap für eine Demokrati-

²⁶ Der Sonderbotschafter der VN Razali erhielt die Erlaubnis Aung San Suu Kyi in einem Militärgefängnis zu besuchen. Reuters, 7. Juni 2003.

²⁷ Democratic Voice of Burma, 16.9.03.

²⁸ vgl. Agence France Press, 18 u. 24.11.03, BBC 4.12.03, Irrawaddy 20.1.04.

²⁹ Die sieben Stufen der Roadmap des SPDC: 1. Einberufung des Nationalkonvents, der bereits bis 1996 tagte und dann abgebrochen wurde. 2. Schritt für Schritt Umsetzung des Prozesses um eine demokratische Transformation zu gewährleisten 3. Entwurf einer neuen Verfassung 4. Diese Verfassung wird durch ein Referendum angenommen 5. Freie und faire Wahl der Legislative 6. Zusammentreten der Legislative 7. Die Regierung wird durch die Legislative gebildet. Quelle: www.ncgub.net (26.8.2004)

³⁰ siehe BBC, 4.2.04, Irrawaddy 5.2.04.

sierung zu erstellen, ohne die 1990 mit überwältigender Mehrheit gewählte NLD und Aung San Suu Kyi überhaupt konsultiert zu haben.

Die NLD ließ schließlich verlauten, an dem Konvent nicht teilzunehmen, solange Mitglieder der Partei und der Demokratiebewegung in Haft seien, unter Hausarrest stünden und die Arbeit der NLD weiterhin gewaltsam sabotiert würde. Aung San Suu Kyi warf den Generälen bereits Ende April 2004 öffentlich vor, in keiner Weise an Dialog und damit an einer tatsächlichen Reform des Landes interessiert zu sein. Den Vereinten Nationen fehlte bei dem einberufenen Konvent von der ersten Minute an jede Glaubwürdigkeit, wie Kofi Annan im Mai 2004 erklärte.³¹

Das Militär verkündete unterdessen die Teilnahme von 1076 der 1088 persönlich eingeladenen Delegierten. Ausländischen Journalisten wurde eine Teilnahme verwehrt, inländische Reporter durften keine Computer, Mobiltelefone oder andere Aufzeichnungstechniken verwenden. Während Gesprächen zwischen 15 ethnischen Waffenstillstandsgruppen und General Khin Nyunt wies die Regierung Kritik an dem vorgelegten Verfassungsentwurf, die sich auf Änderung wichtiger Paragraphen über die starke Stellung des Militärs in einem zukünftigen Staat bezog, scharf zurück. Der General zeigte sich empört über die Forderung, die Stellung des Militärs in einer Demokratie zu begrenzen und dessen politische Rolle stark einzuschränken.³²

Aufgrund des insgesamt fragwürdigen Charakters des Konvents ohne Teilnahme der oppositionellen Kräfte, verwunderte es kaum, dass er am 9. Juli um offiziell drei Monate vertagt wurde, , wobei der Zeitpunkt für eine Wiederaufnahme der Sitzungen offen blieb.³³

2.3 Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen und der Regierung; Gewalt gegen buddhistische Mönche

Der Zeitraum von Sommer 2003 bis Sommer 2004 war auch gekennzeichnet durch Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Junta und den großen militärischen Gruppen, die sich im Kampf mit der Zentralregierung befinden. Die Diskussionen über den Nationalkonvent waren dabei wichtige Punkte auf der Gesprächsagenda. Dabei kam es immer wieder zu Gefechten zwischen den Konfliktparteien. Grundsätzlich ist zu der militärischen Situation in Burma/Myanmar zu sagen, dass die Junta bereits seit den 80er und 90er Jahren die größte militärische Kraft im Lande unter sich hat. Mit einer geschätzten Armee von fast einer halben Millionen Mann Truppenstärke, die aufgrund von Erneuerung der Ausrüstung und Bewaffnung in den letzten Jahren durchaus schlagkräftig ist, geht es bei den bewaffneten Auseinandersetzungen um territoriale Fragen, verbunden mit dem Erhalt von Einflusszonen sowie um die Schaffung bzw. Erhaltung eines friedlichen Status-Quo.³⁴ Ein militärischer Sturz der Junta und eine Besetzung des von der Zentralregierung kontrollierten Kernlandes liegt momentan weit außerhalb der militärischen Fähigkeiten und des Willens einer der gegnerischen Gruppen bzw. einer Allianz dieser Gruppen.

Bereits kurz nach der Bekanntmachung der Roadmap durch General Khin Nyunt legte eine Allianz ethnischer Gruppen im August 2003 (das Ethnic Nationalities Solidarity and Cooperation Committee, ENSCC) eine eigene Roadmap vor, die eine Demokratisierung Burmas/Myanmars in sechs Jahren vorsieht³⁵. Ein solcher Vorschlag kann als Beitrag zur politischen Diskussion gewertet werden, die Umsetzung solcher Pläne ist ohne die Junta dennoch nicht zu realisieren. Im Oktober 2003 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungseinheiten und der KNLA (Karen National Liberation Army), dem bewaffneten Arm der KNU (Karen National Union). Die Regierungstruppen wurden durch die regimetreue Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) unterstützt. Das steht als ein Beispiel für die komplizierte Lage in Burma/Myanmar: Die Fronten verlaufen keineswegs geradlinig entlang ethnischer

³¹ siehe Internationale Herald Tribune, Reuters, BBC News, The Star, alle am 18.Mai 2004.

³² siehe The Scotsman, 17.5.2004, Irrawaddy, 14.5.2004, New Light of Myanmar, 18.5.04.

³³ siehe Burma Nachrichten 1372004, 23.Juli 2004 unter www.ibiblio.org

³⁴ siehe: René Hingst, S.14.

³⁵ Der Plan des ENSCC sieht einen Nationalen Kongress vor, der mit Hilfe internationaler Vermittlung eine unabhängige Kommission für den Entwurf einer Verfassung ernennt. Begleitend soll humanitäre Hilfe geleistet werden. Ein zweiter Schritt sieht eine für maximal vier Jahre bestehende Regierung der nationalen Einheit vor, die das Land aus den internationalen Sanktionen und hin zu einer freien Wahl führt.

Quelle: www.ncgub.net (26.8.2004)

Zugehörigkeit, auch wenn die Akteure dies gerne für sich reklamieren. Es darf in Burma/Myanmar nicht überraschen, wenn Karen gegen Karen kämpfen.³⁶

Im November 2003 gaben zwei Organisationen der Kachin-Ethnie, die Kachin Independence Organisation (KIO) und die New Democratic Army-Kachin (NDA-K), bekannt, sich am Nationalkonvent zu beteiligen. Die meisten anderen Gruppen verweigerten jedoch weiterhin die Teilnahme. Im Januar fanden umfassende Friedensgespräche über eine Waffenruhe auf Basis eines informellen Waffenstillstandes zwischen der Regierung und der KNU statt. Die Atmosphäre der Gespräche wurde durch die anhaltende Diskussion über die Roadmap sicherlich begünstigt. Im Januar kam es erneut zu Gefechten zwischen der Regierung und der Karenni National Progressive Party (KNPP), die sich seit 1995 in einem ständigen Kampf mit der Junta befindet.³⁷

Die hier ausgewählten Beispiele sollen vor allem dazu dienen, die ausgesprochen komplexe Gemengelage des Landes zu verdeutlichen. Zu jedem Prozess und Ereignis gibt es Reaktionen von mehreren Dutzend Organisationen, die alle ihrer eigenen, oft von außen nicht nachvollziehbaren, Agenda folgen.

Konsequent verfolgt das Regime buddhistische Bewegungen, die sich gegen die Militärherrschaft stellen. Die politisch aktiven Mönche, die sich von der Mehrheit der oft unpolitisch-weltabgewandten buddhistischen Mönche der Region unterscheiden, werden oft Opfer staatlicher Repression. Im November 2003 wurden so beispielsweise 100 Mönche aufgrund eines Verstoßes gegen eine nächtliche Ausgangssperre inhaftiert. Im Januar wurden erneut 150 Mönche wegen „Rebellion gegen den Staat“ angeklagt und gewaltsam exordiniert, sechs buddhistische Klöster in der Nähe von Myawaddy wurden vom Militär als „illegal“ zerstört.³⁸

Es gibt vereinzelt Nachrichten über kommunale Auseinandersetzungen auf Grund verschiedener Religionszugehörigkeit (Buddhisten gegen Muslime oder vice versa), die aber zu isoliert und ohne Hintergrundanalyse schwer bewertbar sind. Es ist allerdings anzunehmen, dass ein großes Konfliktpotential nicht nur entlang ethnischer, sondern auch religiöser Identität besteht und sich jederzeit mobilisieren lässt.

2.4 Internationale Beziehungen und Reaktionen des Auslands

Wie bereits angedeutet hat sich die internationale Position Burmas/Myanmars, besonders in der Region in den letzten Jahren verbessert. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Burma/Myanmar in den Augen des Westens, also besonders für die EU und USA, weiterhin ein „Schurkenstaat“ bleibt, der mit umfassenden Sanktionen zu belegen ist. So kam es im Berichtszeitraum neben Annäherungsprozessen z.B. mit Thailand zu fortgesetzten Konflikten. Der Nationalkonvent wurde weltweit mit größter Skepsis betrachtet. Besonders die Nichteinbeziehung der NLD und Aung San Suu Kyis sowie einiger ethnischer Gruppen nahm der ersten Stufe der Roadmap viel Glaubwürdigkeit. Neben VN-Generalsekretär Kofi Annan im Mai 2004 fanden auch andere hochrangige VN-Vertreter wie der Beauftragte für Menschenrechte, Paulo Serghio (im November 2003) und der Sondergesandte für Burma/Myanmar Razali wiederholt kritische Worte zur Situation von Inhaftierten, zur fehlenden Einbindung der Opposition in den Roadmap-Prozess, zum Hausarrest von Aung San Suu Kyi etc.

Besonders harsche Kritik wurde am Regime im letzten Jahr durch die USA geäußert. Dabei ist Burma/Myanmar in den Fokus der Anti-Drogenkampagnen der US-Regierung geraten. Im November 2003 setzte das US-Finanzministerium Burma/Myanmar auf seine Liste der Geldwäscherländer. Damit wurden alle Finanzaktivitäten zwischen US-Banken und dem Land untersagt. Das bedeutet praktisch für viele internationale Organisationen im Land, dass keine Dollartransfers mehr möglich sind. Ebenfalls im November versuchte der US-Menschenrechtsbeauftragte Jackson die Thai Regierung von der Notwendigkeit eines erhöhten Drucks auf das Land zu überzeugen. Die thailändische Regierung wies dies jedoch unter dem Gesichtspunkt der direkten Nachbarschaft zurück. US-Präsident George W. Bush bezeichnete Burma/Myanmar im Mai 2004 als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA und kündigte die weitere Aufrechterhaltung der Sanktionen an. Burmas/Myanmars Politik stehe den US-Interessen entgegen. Er verwies dabei besonders auf die Repression der demokratischen Opposition.³⁹

³⁶ siehe Asia Times, 18.10.03, Democratic Voice of Burma 14.10.03.

³⁷ Bangkok Post 23. Januar 2004, Irrawaddy 14. Januar 2004.

³⁸ Irrawaddy, 20. und 28. Januar 2004.

³⁹ Bloomberg, International Herald Tribune, The Star, alle am 18. Mai 2004.

Auch die EU hielt ihren harten Kurs gegen die Regierung durch. Die Eröffnung des Nationalkonvents wurde durch eine gemeinsame Erklärung des Europäischen Rates kommentiert, in der dem Bedauern Ausdruck verliehen wurde, dass die NLD nicht an dem Konvent teilnehmen. Besonders deutlich wurden die gespannten Beziehungen jedoch bei dem ASEM (Asia-Europe-Meeting)-Außenministertreffen im irischen Kildare (17./18.4.2004), auf dem die EU eine Aufnahme Burmas/Myanmars in den gemeinsamen Dialog zwischen EU und ASEAN-Staaten an eine Veränderung der dortigen innenpolitischen Situation knüpfte. Daraufhin wurde die Entscheidung wegen Protesten der asiatischen Seite vertagt.⁴⁰ Ursprünglich war eine Blockaufnahme der neuen Mitglieder (also der zehn neuen EU-Staaten und der drei Staaten Laos, Kambodscha und Burma/Myanmar auf Seiten der ASEAN) in die ASEM-Gespräche vereinbart. Die EU und insbesondere Großbritannien weigerte sich aber aus genannten Gründen, Burma/Myanmar teilhaben zu lassen. Über den Sommer hinweg wurde auf politischer Ebene zwischen der EU und der ASEAN intensiv über die Lösung der Problematik diskutiert, wobei die EU teilweise stark von asiatischen Länder für ihre Haltung kritisiert wurde und Burma/Myanmar Rückendeckung durch andere ASEAN Länder erhielt. Schließlich wurde mit der neuen EU-Ratspräsidentschaft der Niederlande eine Einigung erzielt, so dass Burma/Myanmar zum nächsten ASEM-Treffen im Oktober 2004 in Hanoi eingeladen wurde.⁴¹

Die politischen Spannungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die EU dennoch finanziell in Burma/Myanmar engagiert: So wurden beispielsweise im März 2004 9,5 Millionen Euro für die notleidende Bevölkerung an der Grenze zwischen Thailand-Burma/Myanmar (besonders Flüchtlinge) sowie in Burma/Myanmar selbst bereitgestellt. Die EU-Sanktionen gegen Burma/Myanmar wurden mit Beschluss der europäischen Außenminister vom 26. April 2004, um ein Jahr verlängert.

Selbst ASEAN gab im Sommer 2003 seinen strikten Kurs der Nichteinmischung in innenpolitische Entwicklungen seiner Mitgliedsländer auf und mahnte die Freilassung Aung San Suu Kyi's an.⁴² Diese Stellungnahme darf zwar nicht überbewertet werden, deutet aber an, dass man das leidige „Burma-Problem“ als Belastung für die internationale Reputation des Staatenbundes sieht.

2.5 Die Beziehungen zu Thailand

Die traditionell schwierigen Beziehungen zum Nachbarland Thailand waren im letzten Jahr durch sachthematische Zusammenarbeit und politischen Dialog geprägt, trotz gelegentlicher bewaffneter Zwischenfälle an den Grenzen.

Thailand hat seine engen wirtschaftlichen Beziehungen und seine direkte Nachbarschaft genutzt, um eine eigene politische Initiative zur Verbesserung der innenpolitischen Lage und der außenpolitischen Situation Burmas/Myanmars, den sogenannten „Bangkok Prozess“ ins Leben zu rufen.⁴³ Dabei muss die Regierung Thailands einen komplizierten Spagat zwischen Druck und Kooperation bewältigen, da sich Thailand grundsätzlich entschlossen hat, einen bilateralen Kurs der Annäherung zuzufahren, gleichzeitig aber seine westlichen Verbündeten, allen voran die USA, nicht düpiieren will. Daher gehen Kritik und „Parteinahme“ Hand in Hand: Im ersten Halbjahr 2003 kritisierte die Thai-Regierung mit harten Worten das Vorgehen der Junta gegen die NLD am 30. Mai 2003 und schloss sich den gemeinsamen kritischen Erklärungen der ASEAN in Bezug auf die Situation in Burma/Myanmar an.

Seit dem letzten Sommer ist jedoch durch die Einleitung des „Bangkok-Prozesses“ eine Politik der Entspannung zu erkennen. Thailand hat Burma/Myanmar des öfteren gegenüber der EU, anderen asiatischen Staaten und den USA in Schutz genommen und erklärt, Thailand würde sich keiner Politik anschließen, die gegen den „Stolz“ des Regimes arbeiten würde. Und doch ist auch Thailand selbst in seinen Bemühungen an die Grenzen des Machbaren gestoßen. Der von Thaksin Shinawatra im Dezember 2003 einge-

⁴⁰ siehe Reuters, 18.4.2004.

⁴¹ siehe: Japan Today, 21.8.2004.

⁴² AFP, 17. und 20. Juni 2003.

⁴³ Die Thai-Regierung legte hierbei einen weiteren Plan für die Demokratisierung in Burma/Myanmar vor, der in mehreren Treffen auf höchster Ebene diskutiert werden sollte. **Der Plan** sieht erstens vor, auf den Stand der Gespräche vor dem 30. Mai 2003 zurückzukehren, Aung San Suu Kyi und alle NLD-Häftlinge sowie alle anderen politischen Häftlinge freizulassen. Die zweite Phase soll gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen gewidmet werden. Drittens soll der Entwurf einer neuen Verfassung vorbereitet werden, die in einer vierten Phase geschrieben werden soll. Schließlich sollen Wahlen abgehalten und damit eine neue demokratische Regierung ins Amt eingeführt werden. Quelle: www.ncgub.net (26.8.2004).

leitete „Bangkok-Prozess“, der am 15.12.03 in Bangkok Vertreter Burmas/Myanmars, Thailands, Australiens, Österreichs, Deutschlands, Frankreichs, Indiens, Indonesiens, Italiens, Japans, Singapurs und der UN zusammenbrachte, um gemeinsam über demokratische Reformen zu diskutieren, erlitt bereits im April 2004, noch vor dem zweiten Treffen, einen Rückschlag: Die burmesische Junta sagte ihre Teilnahme ab.⁴⁴ Damit unterstrichen die Generäle ihre Ablehnung gegenüber internationaler Vermittlung. Die Umsetzung der nationalen Roadmap, die ja bereits fast ein halbes Jahr vor dem ersten Treffen im Rahmen des „Bangkok-Prozesses“ verkündet wurde, steht für das Regime im Vordergrund, das damit auch seinen Stolz und sein Festhalten an unbedingter Souveränität im Rahmen eines solchen Prozesses deutlich machen will.

Trotz des Drängens der Thai-Regierung, den Prozess bald wieder fortzusetzen, gibt es dafür noch keinen neuen Termin. Direkt nach dem Scheitern des zweiten Treffens wurde der Ton zwischen Thailand und Burma/Myanmar politisch wieder schärfer: Am 18. Mai kritisierte der thailändische Premierminister Thaksin Shinawatra die burmesische Junta scharf für die Art und Weise der Einberufung des Nationalkonvents. Wirtschaftlich jedoch bleiben die Beziehungen eng und werden weiter ausgebaut. Tatsächlich stehen für Thailand und auch für Burma/Myanmar die wirtschaftlichen Beziehungen im Vordergrund. Während sich die Junta durch verstärkten bilateralen Handel Unterstützung sichern kann, baut Thailand seine auf Wachstum orientierte Politik aus. Thailand ist Burmas/Myanmars drittgrößter Investitionspartner und exportiert Waren im Wert von 1,26 Mrd. US-Dollar im Jahr nach Burma/Myanmar. Ein gutes Beispiel für die wirtschaftliche Kooperation sind auch die thailändischen Kredite in Höhe von 30,42 Mrd. US-Dollar an Burma/Myanmar zum Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur im August 2004, wobei thailändische Firmen, darunter auch Shin Corp., die Firma der Familie des Premierministers Thaksin, die Arbeit unterstützen bzw. leisten und entsprechende Technik liefern werden.⁴⁵

Die bilaterale Agenda zwischen den Nachbarn umfasst eine Reihe weiterer schwieriger Themen:

- Die Flüchtlingsproblematik: Tausende von burmesischen Flüchtlingen leben, nach Angaben des UNHCR unter zum Teil fürchterlichen Bedingungen, auf thailändischem Boden. Dabei zeichnet sich die Thai-Regierung unter PM Thaksin Shinawatra durch ein unerbittliches Vorgehen gegen die Burmesen aus, Abschiebungen und auch Boykott der Hilfsleistungen nehmen zu. Kritiker werfen der Regierung in Bangkok vor, dadurch das Vertrauen des Militärregime gewinnen zu wollen.
- Der Kampf gegen die Drogen: Thailands aggressives Vorgehen gegen Drogenschmuggler kostete auch an der Grenze nach Burma/Myanmar etliche Personen das Leben. Im August 2003 erging ein Befehl, alle Drogenkuriere aus Burma/Myanmar bei Antreffen sofort zu erschießen. Auch drohte Thaksin mit dem Einsatz thailändischer Truppen auf burmesischem Boden gegen Drogenfabriken und -kartelle, sollte die Junta nicht nachhaltiger durchgreifen.⁴⁶

2.6 Ausblick: Annäherung oder Isolation?

Die Kernfrage in Burma/Myanmar bleibt die weitere politische Entwicklung hinsichtlich der angekündigten Reformschritte. Wohin das Regime unter dem Staatschef General Than Shwe und dem Premierminister General Khin Nyunt steuert, ist derzeit unklar. Einige internationale Beobachter sehen ein Ende des politischen Stillstandes, auch wenn der damit einsetzende Reformprozess, wie in diesem Bericht angedeutet, nur sehr langsam vorankommt, und jeder Erfolg zweifelhaft erscheint, da es doch immer die Junta ist, die über die Zulassung von Spielräumen entscheidet. Andere sehen den Versuch der Junta, erneut auf Zeit zu spielen. Alles was bisher durch die Roadmap und die Gespräche in Bewegung gebracht worden ist, kann innerhalb weniger Tage wieder zerschlagen werden. Weder gibt es eine verlässliche Basis für eine demokratische Arbeit, noch Sicherheit vor Haft, Gewalt und Folter, noch ist der Frieden zwischen den ethnischen Gruppen als sicher zu bezeichnen.

Es ist vor allem Chinas Rolle zuzuschreiben, welches durch massive Waffenexporte, wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung schützend seine Hand über das Regime hält, dass Burma/Myanmar sich nicht in einer völligen Isolation befindet. Doch auch China, das besonders an wirtschaftlichen Beziehungen interessiert ist, versucht seinen Einfluss auf die Junta zu nutzen, um die nationale Entwicklung Bur-

⁴⁴ Siehe The Nation, 23./24. April 2004.

⁴⁵ Siehe Bangkok Post, Dienstag, 24. August 2004.

⁴⁶ Siehe AFP, 28.8.03.

ma/Myanmars voranzutreiben. Im Frühjahr 2004 forderte die chinesische Vize-Premierministerin Wu Yi bei ihrem Besuch in Rangoon die Militärs auf, das Land in eine „positive Richtung“ zu steuern und politische Stabilität und nationale Harmonie zu erreichen.⁴⁷

Ironischerweise wurde in China selbst in den letzten zehn Jahren ein nicht mehr aufzuhaltender Öffnungs- und Liberalisierungsprozess in Gang gebracht, der das Land heute in der – einst ideologisch begründeten – selbstversorgerischen Nahrungsmittelwirtschaft vom Weltmarkt abhängig gemacht hat. Verhältnisse wie in Burma/Myanmar sind in China nicht im Entferntesten mehr vorstellbar. Davor, es seinem chinesischen Nachbarn in allem gleichzutun, sollte Burma/Myanmar sich allerdings bewahren.

Ist also zukünftig Kooperation mit staatlichen Strukturen eine Unterstützung für die Junta? Wie kann durch Hilfe zur Selbsthilfe, durch Empowerment-Prozesse auf kommunaler Ebene und durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, institutionelle Fachkapazität von der internationalen Gemeinschaft gefördert und dadurch der Öffnungsprozess im Sinne menschlicher Entwicklung und nationaler Ernährungssouveränität gesteuert und reguliert werden? Diese und andere Frage beschäftigen uns weiter und müssen über die humanitären Hilfeleistungen hinaus diskutiert werden. Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um die Menschen im Land und den Prozess der Demokratisierung zu unterstützen, ohne die Militärregierung dabei zu festigen? Die Mehrheit der westlichen Beobachter plädiert für einen harten Kurs gegen die Junta, dabei werden aber gleichzeitig die heutigen Sanktionen als unwirksam in Frage gestellt. Treffen sie die Junta oder die Bevölkerung? Eine kurzfristige oder mittelfristige Entwicklung hin zu einer Demokratie, wie es der Westen und die NLD fordern, wird es sicherlich in den nächsten Jahren nicht geben. Es ist weiterhin schwer einschätzbar, inwieweit die Reformansätze der Junta ernst zu nehmen sind oder ob es sich dabei nur um ein machterhaltendes taktisches Manöver handelt. Weiter zuzulassen, dass die Menschen im Land Geiseln der SPDC-Politik bleiben, kann aber auch nicht im Interesse der westlichen Demokraten sein, die zumal oft genug, mit zweierlei Maß messen. Trotz erheblicher Menschenrechtsverletzungen und mindestens 16 dokumentierter politischer Morde in Thailand seit Antritt der Regierung Thaksin, hat niemand zu einem Boykott der thailändischen Tourismusindustrie aufgerufen. Auch der neue alte starke Mann in Phnom Penh kann sich mit relativer Sicherheit auf die Schecks der internationalen Gebergemeinschaft verlassen, ohne die sein Regime erheblich ins Schleudern geriete. Vor diesem Argumentationshintergrund ist es zu begrüßen, dass die EU trotz eines harten politischen Kurses ihre Politik im Bereich der humanitären Hilfe flexibilisiert und hin zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen öffnet.

Ernst zu nehmen ist in jedem Fall der Wille des Regimes, sich wirtschaftlich weiter nach außen zu öffnen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das Treffen im Rahmen der Bay of Bengal Initiative for Multisectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC) im Juli 2004, bei dem sich Burma/Myanmar neben Indien, Sri Lanka, Thailand, Nepal, Bhutan und Bangladesh in einer gemeinsamen Erklärung ausdrücklich für die Ausweitung des weltweiten Freihandels ausspricht und verstärkte regionale Kooperation in Aussicht stellt.⁴⁸ Eine weitere Öffnung zur Welt und hin zum Weltmarkt und damit unweigerlich zu äußeren Einflüssen wird das Regime ohne tiefgreifende Veränderungen im Land selbst aber nicht leisten können. Ob diese nötigen Veränderungen aber letztlich der Demokratisierung des Landes und damit der NLD unter Aung San Suu Kyi dienen werden und ob die Folgen der Veränderungen sich zugunsten der Völker Burmas/Myanmars auswirken, ist ungewiss.

Mit dem Freispruch Anwar Ibrahims in Malaysia ist allerdings eine Blockade innerhalb der ASEAN beseitigt, stärker Druck auf das Militärregime auszuüben und die Freilassung aller NLD-Mitglieder und Aung San Suu Kyi's zu erwirken. Nicht nur mit Blick auf das kommende ASEM-Treffen in Hanoi, sondern vor allem angesichts der burmesischen ASEAN-Präsidentschaft im Jahr 2006 hat der Länderblock ein großes Interesse, sein Image nicht durch einen absehbaren Boykott des Westens in zwei Jahren zu beschädigen, wenn sich die Situation für die Opposition im Land nicht grundlegend verbessert.

⁴⁷ siehe Irrawady, Juli 200, Vol.12 No.7, S.9ff.

⁴⁸ Monthly Newsletter, Progressive Regional Action and Cooperation on Trade, Vol.2, Issue 10, August 2004.

3. Malaysia

3.1 Einleitung

Im Mittelpunkt der politischen Entwicklung des letzten Jahres in Malaysia standen zwei Ereignisse: Zum einen der Abtritt des seit 1981 im Amt befindlichen Premierminister Mahathir Mohammad und damit das Ende einer 20-jährigen Ära, zum anderen die elften Nationalwahlen im März 2004, die dem designierten Nachfolger Mahathirs, Abdullah Ahmad Badawi einen überwältigenden Sieg einbrachten und die seit 1971 regierende Parteienkoalition Barisan Nasional (BN) erneut für fünf Jahre bestätigte.

Die föderalistische Wahlmonarchie Malaysia ist ein Vielvölkerstaat, der in seinen 13 Bundesstaaten und zwei Bundsterritorien circa 24 Millionen Menschen vereint, davon 58% Malaien, 24% Chinesen, 8% Inder und noch weitere Gruppen. Über 50% der Bevölkerung sind sunnitische Muslime, es folgen Buddhisten, Hindus, Christen und andere Religionen. Trotz konträrer staatlicher Bemühungen ist den Menschen bis heute die ethno-kulturelle Identität wichtiger als die nationalstaatliche.

Zwei Strömungen konkurrieren in Malaysia um eine inhaltliche Ausfüllung der nationalstaatlichen Identität: Der Islamismus und der Asianismus, auf den noch eingegangen wird. Das mehrheitlich islamische Land befindet sich seit dem amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ in der paradoxen Situation, auf der Seite des Westens gegen militanten islamischen Fundamentalismus zu kämpfen, während gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung mit den Palästinensern sympathisiert, ein Teil des Volkes den konservativen Islam schätzt und eine Mehrheit dem Krieg in Afghanistan sowie dem Krieg in Irak ablehnend gegenüber stand.

Besonders eindrücklich werden die Widersprüche der malaysischen Gesellschaft, wenn man das politische System im Gegensatz zum Wirtschaftssystem betrachtet: Kaum ein Land der Erde kann gemessen an quantitativen Kriterien eine solch beeindruckende Bilanz bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Armutsbekämpfung vorweisen wie Malaysia. Umso enttäuschender ist die politische Entwicklung unter der Herrschaft Mahathirs: Die demokratischen Defizite im Land konnten nicht überwunden werden, auch wenn es 1999 der Opposition gelang, die Regierung bei den nationalen Wahlen in Verlegenheit zu bringen. Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten Oppositioneller und Kritiker sind keine Seltenheit, die Medien stehen unter straffer staatlicher Aufsicht und in zwei der malaysischen Bundesstaaten sorgt die als Rechtsprechungsgrundlage eingeführte Scharia für politischen Sprengstoff, nicht nur im Inland. Verständlich werden die wichtigsten Entwicklungs- und Konfliktlinien des Landes durch eine Betrachtung der Regierungszeit des Premierministers Mahathir Mohamad. Nachfolgend wird eine kurze Bilanz gezogen und die Kernpunkte der Ära Mahathir vorgestellt, um anschließend die aktuelle Situation in Malaysia anhand der Wahl im Frühjahr 2004 aufzuzeigen.

3.2 Die Ära Mahathir Mohamad – Eine kurze Bilanz

Der langjährige Ministerpräsident Mahathir Mohamad verabschiedete sich im Oktober 2003 aus seinem Amt und hinterließ ein Land, das einerseits als „vorbildlich modernisiert“ und wirtschaftlich erfolgreich gilt, andererseits schwere Demokratiedefizite aufweist und dessen religiöse und ethnische Konfliktlinien weiterhin eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft bedeuten. Mahathir selbst wurde in den über 20 Jahren seiner Herrschaft mit den unterschiedlichsten Begriffen charakterisiert: War er den einen zu autoritär, so galt er den anderen als einfach nur pragmatisch. Immer wieder fiel der Premierminister durch antiwestliche, homophobe und schließlich auch antisemitische Bemerkungen international auf: Mahathir verdunkelte seinen politischen Abgang durch schwer antisemitische Äußerungen beim Gipfel der Organisation Islamischer Staaten im Oktober 2003 in Malaysia, in denen er den Juden weltverschwörerische Absichten und Politik unterstellte. Noch in der Zeit direkt nach den Anschlägen des 11.9. in den USA, war es der islamische Fundamentalismus, den Mahathir verdammt und muslimische Regierungen dazu aufrief, Selbstmordattentate zu verurteilen. Es war diese Form von politischen Äußerungen die den komplexen und oft widersprüchlich erscheinenden oder schwer nachvollziehbaren Charakter des PM Mahathir offenbarten.

Dabei stand der Regierungschef mit seinen antisemitischen Bemerkungen keineswegs alleine in der malaysischen Gesellschaft. Seit den frühen 80er Jahren hat sich der Ton in der Islamismusdebatte verschärft und alle Beteiligten sind in der Auslegung des Islam weit in das konservative Spektrum gerückt. Neben

dem „moderaten“ Islamismus der wichtigsten Partei des Regierungsbündnisses Barisan National (BN), der United Malay National Organisation (UMNO), die gleichzeitig traditionell den Regierungschef stellt, ist die wichtigste Oppositionspartei des Landes, die islamische Partei PAS (Parti Islam Se Malaysia) das Sammelbecken für den konservativeren Islamismus. Dabei hat die PAS durch ihr 2001 geäußertes Ansinnen, einen islamischen Staat unter der Scharia in ganz Malaysia errichten zu wollen, und durch Solidaritätsbekundungen für die Taliban ein fast radikal islamisches Gesicht offenbart. Es war die Hoffnung der PAS, durch eine weitere Islamisierung des Programms, ihren erstaunlichen Erfolg mit dem Wahlbündnis Barisan Alternative⁴⁹ bei der Wahl 1999, der die Regierungskoalition stark in Bedrängnis brachte, zu wiederholen. Dass dies nicht gelang ist sicher auch damit verbunden, dass Mahathir die islamische Identität Malaysias trotz seiner Multiethnizität auf der Grundlage eines moderaten, modernen Islam stärkte und damit gegen eine weitere Zunahme von Sympathien für die radikale PAS steuerte.

Neben der islamischen Identität war Mahathir Mohamad besonders ein starkes asiatisches, anti-westliches Selbstbewusstsein wichtig. Die Asianismus-Debatte (im Westen eher bekannt als Diskussion um „Asiatische Werte“), die Mahathir Anfang der 90er Jahre lostrat und die bis heute nachwirkt, steht für den Willen, die Unabhängigkeit – besonders von amerikanischen und britischen Einflüssen – deutlich zu unterstreichen und damit die regionale Integration in Südostasien zu fördern und zu stärken. Mahathir bezog dabei Positionen, die auf den ersten Blick gegensätzlich wirkten: Nie hielt sich der Regierungschef mit Kritik am Westen wegen der Machtasymmetrie zwischen Nord und Süd zurück. Dennoch hatte sich Mahathir nach dem 11.9. auf der Seite der USA positioniert. Kaum eine Gelegenheit, die wirtschaftlichen Beziehungen mit westlichen Ländern zugunsten Malaysias auszubauen, ließ er verstreichen. Mahathir befürwortete Freihandel und Globalisierung, verurteilte jedoch die fehlende Chancengleichheit in den internationalen Handelsbeziehungen. Gleichzeitig warf er vielen islamischen und asiatischen Ländern vor, sich nicht der modernen Welt anzupassen. Hinter all diesen Äußerungen stand stets der Wille, Südostasien zu einer prosperierenden Region zu machen. Demokratie im westlichen Sinne hatte dabei nur einen geringen Einfluss auf Mahathirs Position, sie war nie das Ziel. Beides, also erfolgreiche wirtschaftliche Modernisierung bei gleichzeitiger Beibehaltung eines autoritären Stils sieht der internationale Betrachter in dieser Form heute in Malaysia realisiert. Das Land hat einen erstaunlichen Weg zurückgelegt: Die Armutsminderung von 35% der Bevölkerung im Jahre 1982 auf 5% im Jahre 2002, ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 8,5% zwischen 1988 und 1997, eine kluge, eigenständige Weg (v.a. Kapitalflusskontrollen) während der Asienkrise, der die Vorschläge des IWF negierte, eine erstaunliche durchschnittliche Einkommenssteigerung pro Kopf von 4.630 Ringit (1982) auf 14.877 Ringit (2002, immerhin ca. 3900 US-Dollar), all diese Daten und Tatsachen stehen beispielhaft für die erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft und der materiellen Situation der Bevölkerung im Land.⁵¹ Die Politik der Regierung diente keineswegs nur der Oberschicht und Mittelschicht. Der malaysischen Bevölkerung geht es insgesamt besser. Die Anfang der 90er Jahren entwickelte New Development Policy (NDP), die Nachfolgerin der New Economic Policy der Jahre 1971–1991 (NEP), soll Malaysia bis zum Jahre 2020 zu einer voll entwickelten Industrienation machen (Vision 2020). Das Programm war typisch für Mahathir Mohamad: es ist ehrgeizig genug und gleichzeitig realisierbar, besonders aufgrund der Tatsache, dass die Regierung der BN mit beeindruckend beharrlicher Konsequenz ihren wirtschaftlichen Weg beschreitet. Doch gibt es auch dunkle Flecken auf dem sauberen Wirtschafts-Bild des Landes: Tausende von Arbeitsmigranten, Slums, eine nepotistische Verbindung von Politik und Wirtschaft werfen noch immer Schatten auf die starke wirtschaftliche Position des Landes, auf die neuen, glitzernden, sterilen Einkaufsmieter und das bis vor kurzem höchste Gebäude der Welt, dem Kuala Lumpur City Center Hochhaus. Wie sieht es mit der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit des Landes am Ende der Ära des Premierministers aus? Die politische Bilanz ist für Malaysia und seine Bürger sicherlich enttäuschend. Die Autokratie ist stark und behindert den Demokratisierungsprozess, wodurch wichtige Kontrollinstitutionen nachhaltig beeinträchtigt bleiben. Bürgerrechte sind in Malaysia nur mangelhaft geschützt. Der umstrittene Internal Security Act (ISA) erlaubt die Inhaftierung von Personen durch die Exekutive bis zu zwei Jahren. Ein Einschüchterungsmechanismus, der sichere Wirkungen zeigt. Im Jahre 2003 befanden sich

⁴⁹ Wichtigste Partei des Oppositionsbündnisses neben der PAS war die DAP, eine linksorientierte Partei, hauptsächlich durch Chinesen gewählt. Sie verließ 2001 das Bündnis, da ein islamischer Gottesstaat keineswegs im Interesse der malaysischen Chinesen liegt und die PAS es versäumte, ihre Vorstellungen eines solchen islamischen Staates klar und deutlich zu formulieren.

⁵¹ siehe Far Eastern Economic Review, 9.October 2003, S.32-33.

dennoch mehr als 120 politische Oppositionelle aufgrund des ISA in Haft. Die Unabhängigkeit der Judikative ist in Malaysia schwer beschädigt, wofür der Anwar-Prozess ein prominentes Beispiel bot. Die Gewaltenteilung wird durch das Recht der Exekutive auf Ernennung der obersten Richter in Mitleidenschaft gezogen. Die Regierung besitzt konstant eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und ist daher jederzeit in der Lage, für sich günstige Verfassungsänderungen durchzusetzen. Die Polizei vermittelt ebenfalls kein vertrauenserweckendes Bild. Berichte über Folterungen durch die Beamten tauchen regelmäßig auf. Auch Korruption ist in Malaysia ein großes Problem. Dabei gehen staatliche Stellen im Kampf gegen die Korruption offenbar sehr selektiv vor: administrative Korruption wird hart bekämpft, Elitenkorruption zwischen Politik und Wirtschaft (ein Charakteristikum des „Mahathirismus“) wird jedoch nur falls es politisch notwendig erscheint mit ähnlicher Härte verfolgt. Besonders ins Auge fällt die staatliche Zensur in Malaysia. Mahathir Mohamad wachte über eine ausgesprochen harte Medienzensur, z.B. müssen alle Zeitungen jährlich ihre Publikationslizenzen erneuern und können jederzeit geschlossen werden, falls der Staat sich an Inhalten der Artikel stößt. Insgesamt muss sogar ein Rückschritt der institutionellen Demokratie und des Rechtsstaats am Ende der Ära Mahathir festgestellt werden.

Die Beantwortung der Frage, welche Leistung oder welches Versäumnis des eigenwilligen Mahathir Mohamads schwerer wiegt, die wirtschaftliche Entwicklung und der Wohlstand oder die fehlende Demokratie, spiegelt die in der Zusammenfassung oben formulierte Gretchenfrage.

Entscheidend für Malaysia ist nun der Kurs seines Nachfolgers, Abdullah Ahmad Badawi, der zunächst grundsätzliche Kontinuität der Politik seines Vorgängers erwarten lässt. Der unerwartete Freispruch Anwar Ibrahim vom Vorwurf der Sodomie durch ein malaysisches Gericht ist ein positives Zeichen, allerdings erfolgte dieser Schritte nach dem überwältigenden Wahlsieg der BN. Der Anerkennung Badawis im In- und Ausland dient diese Entscheidung in jedem Fall. Wird in Malaysia mehr Demokratie und Bürgeremanzipation möglich und politische Repression zurückgefahren? Die Umstände der Wahl im März 2004 und ihr Resultat lassen nicht wirklich hoffen.

3.3 Die Wahl 2004

Bereits im November 2003 hatte der am 31. Oktober 2003 neu angetretene Premierminister Abdullah Ahmad Badawi baldige Neuwahlen in Malaysia angekündigt, um seine Nachfolge demokratisch zu legitimieren. Was in den folgenden Monaten folgte, war ein erstaunliches Schauspiel: Der Premierminister konnte die Bekanntgabe des Wahltermins durch die Nationale Wahlkommission bis zum letzten Moment herauszögern. Am 4. März 2004 wurde das Parlament aufgelöst, am 5. März wurde dann der Wahltermin auf den 21. März festgelegt, die Kandidatenbenennung und damit der Beginn des Wahlkampfes auf den 13. März. Die Wahl fand also nach nur acht Tagen Wahlkampf statt. Ein solcher Vorgang lässt eine politische Willensbildung des Bürgers durch das Verfolgen argumentativer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition gar nicht erst zu. Nicht zu Unrecht bezeichneten daher eine Reihe von Oppositionspolitikern die Voraussetzungen der Wahl als unfair. Dies ist jedoch nicht die einzige zu beobachtende Wahlverzerrung gewesen:

- Die Wahlkreise des Landes, das nach Mehrheitswahlrecht wählt, wurden 2003 neu eingerichtet. Dabei ist eine kaum übersehbare Bevorteilung der Regierungskoalition BN zu beobachten.⁵²
- Die malaysischen Medien, die unter der Kontrolle der Regierung stehen, haben über die BN ausschließlich gut, über die Opposition ausschließlich schlecht berichtet.
- Die BN hatte finanziell die großen Staatsunternehmen und privatisierten Staatsbetriebe im Rücken, die massiv die Kampagnen mitfinanzieren. Der Opposition fehlen solche Quellen.
- Die instrumentalisierte Justiz arbeitete im Sinne der BN gegen die Opposition, so wurden oppositionelle Kandidaten durch politische Prozesse zu Haftstrafen verurteilt, die eine Teilnahme an der Wahl unmöglich machten.

Das Resultat der Wahl, die nach dem kürzesten Wahlkampf in der Geschichte des Landes abgehalten wurde, ist daher nicht verwunderlich: Die regierende BN gewann 198 der 219 Bundesparlamentssitze und

⁵² Um ein Mandat im Bundesparlament zu gewinnen braucht die BN durchschnittlich ca. 16.000 Wählerstimmen, die Oppositionsparteien DAP ca. 52.000 und die PAS ca.150.000. Siehe hierzu mit ausführlichen Informationen über die Wahl die Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia: www.kas.de/proj/home/home/66/1/. (Stand 30. August 2004) und die Analyse des Autors Farish A. Noor unter www.asienhaus.org/wahlen2004/malaysia/dokumente/noormalaysiaresults-eng.pdf (Stand 30.8.2004)

451 der 505 Landesversammlungssitze. Sie hatte ihren Stimmenanteil von 56,5% im Jahre 1999 auf 64,4% gesteigert und damit 90,4% der Sitze des Bundesparlaments auf sich vereint. Die PAS, deren bedeutender Präsident Fadyil Noor im Jahre 2002 verstorben war, konnte nur noch acht Sitze im Bundesparlament und 36 Landesversammlungssitze erringen. Sie konnte mit 15,8% der Stimmen nur noch 3,2% der Mandate im Bundesparlament für sich gewinnen. Der Grund für diese grotesk erscheinenden Zahlen liegt im Mehrheitswahlrecht, den bereits genannten neuen Wahlkreisen und der sehr hohen Wahlbeteiligung. Alle diese Faktoren kamen der BN zu Gute. Wichtig ist die Tatsache, dass die PAS selbst keineswegs Wähler verloren hat, sie hat sogar ihre Basis ausbauen können. Das verrät mögliche Konfliktlinien der Zukunft. Das Potential radikaler Islamisten ist nach wie vor groß und birgt wie in Südthailand ein ernstzunehmendes Gewaltpotential. Zusätzlich verlor die PAS die Landesregierung in einer der von ihr regierten Provinzen. Noch kurz vor der Wahl hatte der neue Präsident der PAS, Ustaz Hadi Awang, noch übermütig erklärt, die PAS wäre bereit, mit der UMNO die Macht im Land zu teilen. Davon kann nun keine Rede mehr sein. Die Opposition, darunter auch die sozialdemokratisch orientierte DAP und die Gerechtigkeitspartei Keadilan, ist marginalisiert und hat im politischen Alltag nur noch sehr begrenzte Einflussmöglichkeit.

3.4 Ausblick

Der Gewinner der Wahl, Badawi, steht vor großen Herausforderungen, und es ist keineswegs sicher, in welche Richtung sich das Land bewegen wird. Der Schatten seines Vorgängers ist lang, das neue Kabinett Badawis lässt, gerade was die altgedienten Funktionäre betrifft, kaum Neuerungen erkennen. Badawi, der sich vor der Wahl als moderater Muslim und Modernisierer positionierte, hat für den wirtschaftlichen und politischen Kurs der BN einen überwältigenden Zuspruch erhalten. Dieser Vertrauensvorschuss muss nun durch konkrete Politik gerechtfertigt werden. Der Wahlsieg macht für Badawi die sozialen und politischen Herausforderungen jedoch nicht unbedingt leichter, die dringenden Fragen sind noch offen: In welche Richtung werden sich das Verhältnis zwischen Staat und Islam in Malaysia entwickeln? Kann Malaysia seine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte angesichts neuer Konkurrenten wie China ungebrochen fortsetzen? Wird Malaysia die enorme Kluft, die sich zwischen relativem Wohlstand für eine Mehrheit seiner Menschen und dem Zustand der Demokratie auftut, überwinden können? Wie verhält sich der Westen angesichts der zunächst eingedämmten Gefahr des weiteren Machtgewinns durch islamische Fundamentalisten im Land zum fortgesetzten autokratischen Regierungsstil Badawis?

In der Außenpolitik gibt es Anzeichen für einen Kurswechsel. Badawi, Diplomat und ehemaliger Außenminister, setzt den konfrontativen Kurs seines Vorgängers nicht fort. Anstelle des Vorwurfs, der Westen führe einen Krieg gegen den Islam setzt Badawi Vorschläge, wie z. B. im Rahmen der Konferenz Islamischer Staaten Maßnahmen für den Wiederaufbau des Irak organisiert werden können. Er hat das Land zur Entsendung eines Sanitätskorps in den Irak verpflichtet. Gleichzeitig hat er vor allem an die Adresse der USA seine Erwartungen gerichtet, etwas gegen die Ursachen terroristischer Gewalt in armen Ländern zu tun.

4. Kambodscha

4.1 Allgemeine Grundlagen

Kambodscha ist heute eines der ärmsten Länder der Welt mit einem Pro-Kopf-Jahres-Einkommen der 13 Millionen Einwohner von 280 US-Dollar (2002) und entsprechend niedrigen Werten bei den meisten sozialen Entwicklungsindikatoren. Nach einer Untersuchung von 1997 leben 36% der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze (die ohnehin mit dem Gegenwert von 2100 kcal /Kopf/Tag plus geringem Aufschlag für weiteren Bedarf neben Nahrungsmitteln sehr niedrig definiert ist), wobei die Armutsquote in ländlichen Gebieten mit rd. 40% fast viermal so hoch ist wie in Phnom Penh (11%).

Angesichts seiner schwachen ökonomischen und infrastrukturellen Basis, der gravierenden institutionellen Defizite und des im Durchschnitt niedrigen Qualifikationsniveaus der Bevölkerung bleibt das Land in seiner Entwicklung auf absehbare Zeit stark anfällig für negative externe Einflüsse und in hohem Maße abhängig von ausländischer Hilfe. Die Entwicklungshilfe pro Kopf und Jahr (33 US-Dollar) und deren Anteil am BIP (13 %) erreicht damit das Niveau afrikanischer Länder.

Die größte Wachstumsquelle ist bislang der *Textilsektor*, der 250.000 Jobs (mehrheitlich für Frauen) bietet. Das Wachstum der Bekleidungsindustrie beruht auf dem von der Europäischen Union und den USA 1996 bzw. 1997 zuerkannten „Most Favoured Nation“-Status (Artikel I GATT) sowie den Exporterleichterungen der „Generalised System of Preference“- Abkommen. Die Exporte im Textilsektor stiegen von 1995 bis 2001 von 27 auf 1112 Millionen US-Dollar und ihr Anteil an den Gesamtexporten von 3 % auf 78 % in 2001. 71 % der Textilexporte gehen in die USA und 27% in die Europäische Union. 2004 kommen gar vier Fünftel aller kambodschanischen Exporte aus der Textilbranche. Der Zugang zu den europäischen und amerikanischen Märkten war an die Einhaltung von Arbeitsstandards geknüpft. In der Folge ist das Lohnniveau in Kambodscha im regionalen Vergleich hoch (61 US-Dollar pro Monat, in Indonesien lediglich 46 US-Dollar), wobei die Lebenshaltungskosten in Kambodscha ebenfalls vergleichsweise hoch sind. Darüber hinaus spielt auch die Existenz einer starken Textilarbeiterinnen-Gewerkschaft eine wichtige Rolle.

Wenn die Handelsabkommen Ende 2004 aufgrund der für 2005 geplanten Liberalisierung im Rahmen der WTO auslaufen, muss Kambodscha seinen komparativen Vorteil noch finden, zumal durch den WTO-Beitritt Chinas Konkurrenz im selben Segment zu deutlich niedrigeren Preisen droht. Ein Beitritt Vietnams zur WTO würde den Konkurrenzkampf weiter verschärfen. Dennoch verbindet sich eine WTO-Mitgliedschaft Kambodschas vornehmlich mit der Hoffnung, den Textilsektor weiter auszubauen und darüber mehr Arbeitsplätze zu schaffen und höhere Einnahmen zu erwirtschaften. Allerdings sind 90% der Textilbranche in ausländischer Hand, verbunden damit sind entsprechende Gewinntransfers in die Herkunftsländer der Investoren (Taiwan, Thailand, China etc.). Ein weiteres Argument für den Beitritt zur WTO besteht darin, dass in relativ kurzer Zeit internationalen Standards entsprechende Regeln und Normen und damit verbundene Rechtsstaatlichkeit in kambodschanische Institutionen Einzug halten könnten. Dennoch scheinen die Risiken, eine unterentwickelte Wirtschaft wie die Kambodschas zu diesem Zeitpunkt so stark zu öffnen, höher als die erhofften Vorteile. Hinzu kommt, dass Kambodschas Eintritt in die WTO längst nicht zu den Konditionen erfolgt ist, wie sie dem Land als erstes LCD-Beitrittsland zugestanden hätten.

Die zweite Wachstumsquelle ist der *Tourismus*. 100.000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt, der für 9% des BIP verantwortlich ist. Der Zustrom von Touristen war in der Vergangenheit stark von der innenpolitischen Stabilität und von zahlreichen externen Faktoren abhängig (z.B. SARS, von dem Kambodscha zwar nicht direkt, aber die umliegenden Reiseländer betroffen waren, was sich letztendlich auch auf die Besucherzahl ausländischer Touristen in Kambodscha ausgewirkt hat). Ferner konzentriert sich der Tourismus auf die Provinzhauptstadt Siem Reap, wo sich die berühmte Tempelstadt Angkor befindet. Das Tourismusgeschäft wird von thailändischen Unternehmen kontrolliert, so dass auch in diesem Bereich nur rund 40 % der Einnahmen in Kambodscha verbleiben. Selbst die Nahrungsmittelversorgung, vor allem Frischobst und Gemüse für den Tourismussektor werden aus dem grenznahen Thailand ins Land gebracht, was de facto einer Arbeitsplatzvernichtung im Landwirtschaftssektor bzw. einer Einkommens-

verhinderung gleichkommt. Ein Kleinprojekt der Stiftung mit Hilfe von Professoren der Mae Jo-Universität in Chiang Mai versucht durch Trainingsmaßnahmen auf der kambodschanischen Seite Abhilfe zu schaffen, und die Voraussetzungen zu schaffen, die Nachfrage vor allem der Tourismusindustrie mit kambodschanischen Produkten zu befriedigen.

Die *Landwirtschaft* bleibt weiterhin der für Kambodschas Entwicklung wichtigste Wirtschaftssektor. 85% der Bevölkerung lebt auf dem Land, das 77% der Erwerbstätigen absorbiert und rd. 40% des BIP erwirtschaftet. Etwa 90 % der Armen leben in ländlichen Haushalten, vorwiegend von Subsistenz-Landwirtschaft und Fischerei. Der Agrarsektor ist nur sehr gering mit anderen Wirtschaftssektoren verflochten und weist einen geringen Produktivitätsgrad auf.⁵³ Vor diesem Hintergrund wird ein weiteres Problem des vorzeitigen WTO-Beitritts sichtbar. Die meisten Entwicklungsländer in der WTO haben ein großes Interesse am Handel mit Landwirtschaftsprodukten. Die zerstörerische Wirkung einer allzu stark exportorientierten Landwirtschaft, wie sie sich weltweit als Problem manifestiert, einmal beiseite gelassen, so hat Kambodscha kaum Landwirtschaftsprodukte für den Export anzubieten, muss aber umgekehrt seinen Markt für Importe öffnen.

4.2 Entwicklung auf dem Holzweg: Trotz Armutsbekämpfungs- und immensen Entwicklungshilfeprogrammen wächst die Armut

Nachdem im Februar die ADB und im Mai die Weltbank Berichte veröffentlicht hatten, die trotz finanz- und personalintensivem Einsatzes im Land eine Zunahme der Armut in Kambodscha bescheinigten, hat nun auch das UNDP einen Bericht herausgegeben, in dem deutlich wird, dass das Wirtschaftswachstum Kambodschas, in den zurückliegenden Jahren zwischen beachtlichen 4 und 6 %, nicht zur Verringerung von Armut beigetragen hat, sondern mit einem Armutszuwachs von ca. 5 % sogar eine Verschlechterung der Situation zur Folge hatte. Laut UNDP-Bericht existieren aufgrund von Korruption im Jahr 2004 weniger öffentliche Gesundheitszentren als 1989, als Kambodscha sich zu öffnen begann. Ein jüngster Skandal wurde im Rahmen eines von der FAO finanzierten „food for work“-Programmes bekannt, indem es trotz eines mit internationalen Experten besetzten Koordinationsbüros in Phnom Penh möglich war, dass große Mengen von Reis nicht an die Empfänger ausgeliefert wurden, sondern in dunklen Kanälen versickerten. Das bedeutet den Betrug an Hunderttausenden Armen, die für geringere Mengen Reis gearbeitet hatten, als das Programm es ausgeschrieben hatte.

Die SRP-Abgeordnete Saumura Tioulong hat während eines zur Weltbank arbeitenden Parlamentarier-Netzwerktreffens Präsident James Wolfensohn aufgefordert, unabhängige Prüfungen von international renommierten Firmen anzuordnen. Das Maß der systemischen Korruption sei ihrer Auffassung nach so groß, dass dem Staat Einnahmen verloren gingen, die höher seien als jene, die dem Land durch internationale Entwicklungshilfe jährlich zugute kommen. Sie verwies insbesondere auf den Forstsektor, das Fischereiwesen, staatlich kontrollierte Kautschukplantagen, den Telekommunikationssektor, Flugüberwachung und Flughafenmanagement sowie die Verwaltung der Tempelanlagen Angkor Wats, welche einer besonders gründlichen Zuwendung bedürften. In einem Brief vom 6. Mai 2004 wurde dazu von der Weltbank offiziell Stellung genommen und darauf verwiesen, dass die entsprechenden Kontrollstrukturen existierten. Diese scheinen aber nicht effektiv zu sein oder nicht wirklich unabhängig, auch wenn international anerkannte Firmen wie KPMG oder Price Waterhouse Coopers als Durchführungsorganisationen beauftragt werden. In der Antwort der Weltbank an die Abgeordnete wird insbesondere auch auf die Verantwortung des kambodschanischen Parlaments als Kontrollorgan für Entwicklungsprojekte verwiesen. Nachdem der Opposition nun auch noch eine Beteiligung in den Fachkommissionen verweigert wurde, ist das endgültig als leere Rhetorik zu betrachten (siehe dazu weiter unten) und sollte die internationale Gebergemeinschaft zu konsequenterem Handeln veranlassen. Aus einer Studie „Draft for Decision Making – Towards a Private Sector Development Strategy for Cambodia – Investment Climate Assessment“ geht hervor, dass der Weltbank das Ausmaß der Korruption und deren Folgen für die Entwicklung des Landes bekannt sind – sie hat dieses Papier selbst in Auftrag gegeben. Die kambodschanische Regierung blockierte allerdings die Veröffentlichung dieses Reports. Internationale Geber, bilaterale oder auch die UN-Organisation UNDP sowie Kreditinstitutionen wie die Weltbank und die ADB müssten wesentlich kon-

⁵³ vergleiche Kurzüberblick über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung Kambodschas der Kreditanstalt für Wiederaufbau

sequentere Auflagen für Projektdurchführung und damit verbundene Transparenz und Monitoringprozesse machen, als das bisher der Fall ist. Angesichts der Umstände der neuen Regierungsbildung (siehe unten) ist höchste Aufmerksamkeit und Vorsicht geboten. Erforderlich sind auch Maßnahmen/Auflagen/Kontrollmechanismen in der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Transparenz sichern, wie wir sie im Zusammenhang mit der Arbeit internationaler Organisationen in Burma/Myanmar einfordern – nicht zuletzt um zu verhindern, dass die Militärregierung direkt profitiert. Deutschland könnte mit gutem Beispiel vorangehen und Standards setzen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die „Aufwertung von Good Governance als Querschnittsthema“⁵⁴ der drei in den letzten Regierungsvereinbarungen festgelegten Schwerpunktthemen für die bilaterale Entwicklungsarbeit umgesetzt wird.

4.3 Nationalwahlen vom 27. Juli 2003 und 11-monatige Blockade der Regierungsbildung

Bei aller notwendigen Kritik ist Kambodscha im unmittelbaren Zusammenhang mit den Wahlen ein Entwicklungsfortschritt bei der Demokratisierung des Landes zu bescheinigen. Wenngleich in Einzelfällen umstritten, wurden die Parlamentswahlen vom Juli 2003 von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern weitgehend als frei und fair eingestuft. Die Regierungsbildung war allerdings 11 Monate lang blockiert, da sich die beiden Oppositionsparteien in einer „Allianz der Demokraten“, einem reinen Zweckbündnis von SRP und FUNCINPEC vereinigt hatten und zunächst die Bildung einer Drei-Parteien-Koalition möglichst ohne Hun Sen, den von der CPP (wie man weiß auch nicht einstimmig) bestimmten „starken Mann“ als Premierminister, gefordert hatten.

Hun Sen hatte die Regierungsführung des Landes seit 1989 nicht mehr aus der Hand gegeben, auch nicht, als nach den von den VN gesponsorten Wahlen die königliche Partei FUNCINPEC als der eindeutige Wahlsieger hervorgegangen war. Die internationale Gemeinschaft hatte damals in Person von VN-Missionschef Akashi der Bildung einer Doppelregierung aus dem Wahlgewinner FUNCINPEC und der an zweiter Stelle der Stimmengunst liegenden CPP zugestimmt. Vor dem Hintergrund der historischen Gegebenheit, dass von den VN organisierte Wahlen in ihrem Ergebnis zur Vermeidung eines neuen Bürgerkrieges de facto nicht anerkannt worden waren, argumentierte die Allianz nach den Wahlen, dass sie nur ohne Hun Sen an der Spitze zu einer Koalition bereit sei. Wenngleich Beobachter darin übereinstimmen, dass eine CPP ohne Hun Sen an der Spitze die Machtverhältnisse innerhalb der Partei zugunsten eines notwendigen Reform- und Demokratisierungsschubes für das Land verändern könnte, schien die Forderung der Allianz nicht nur unrealistisch, sondern widerspricht auch den Grundprämissen demokratischer Wahlen (siehe Deutschland, wo die Regierungskoalition mit nur 7 Stimmen eine knappe Mehrheit bildet und das Recht hat, den Kanzler zu stellen). Die CPP war der rechnerisch eindeutige Wahlsieger. Sie hat ihre Stimmenmehrheit vor allem auf dem Lande gewonnen. Die Allianz verfügt über die Mehrheit in den großen Städten. Vor diesem Hintergrund war es beinahe ausgeschlossen, über die US-Regierung hinaus offene internationale Unterstützung für ihre Forderung zu gewinnen, eine Drei-Parteien-Koalition explizit ohne Hun Sen zu erwirken, was Ziel einer Lobbytour der beiden Allianz-Gefährten durch Europa und die USA im September 2003 war. Die internationale Gemeinschaft, vor allem auch die EU sah sich in diesem Fall dem Dilemma gegenüber, dass die „Allianzdemokraten“ einforderten, was 1993 im Interesse des Landes „demokratisch“ genug war, de facto aber mit einer Nichtanerkennung des Wahlergebnisses verbunden war. Trotz dieser Einschätzung lohnt sich ein Blick auf die Wahlergebnisse, um die Argumente der „Allianz der Demokraten“ und ihre vorhandene Verhandlungsmasse nachvollziehen zu können:

- Cambodian People's Party (CPP): 2,4 Mill. Stimmen
- Sam Rainsy Party (SRP) und FUNCINPEC: jeweils 1.1 Mill. Stimmen
- Sonstige: 0,5 Mill. Stimmen
- 1,5 Millionen Menschen war es aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich zu wählen

Vor dem Hintergrund dieser Fakten erklärte Sam Rainsy in einem Brief an Hun Sen vom 3. Oktober 2003, warum der Premierminister seinen Posten niederlegen sollte. Rainsy argumentierte, dass die Wah-

⁵⁴ siehe Vermerk über das Informelle Ländergespräch zur Vorbereitung der Regierungsverhandlungen Kambodscha, Bonn 17.11.2003

len vom 27. Juli 2003 keiner der politischen Parteien einen eindeutigen Sieg beschert hätten, die „Demokratische Allianz“ aus FUNCINPEC und SRP hätte nur 0,2 Millionen weniger Stimmen als Hun Sen´s CPP erreicht. Angesichts der Tatsache, dass 1,5 Millionen Kambodschaner nicht an der Wahl teilnahmen bzw. aufgrund der „von ausländischen Beobachtern übersehenen – raffinierten Wahlmanipulationen durch CPP-Behörden daran gehindert wurden“ (Zitat aus dem Brief), könne man nicht von einer wirklichen Repräsentation der ganzen Bevölkerung ausgehen. Weiterhin argumentierte Sam Rainsy in seinem Brief, dass die CPP durch das Wahlergebnis sowie Artikel 90 und 119 der Verfassung zwar das Recht hätte, einen Kandidaten für das Amt des Premierministers aufzustellen, dieser könne jedoch nur durch ein Vertrauensvotum einer 2/3 Mehrheit der Nationalversammlung zum Premierminister berufen werden. Genauso wie die anderen Parteien das Recht der CPP, einen Kandidaten aufzustellen, respektieren müssten, müsse auch die CPP respektieren, wenn sich die anderen Parteien gegen ihren Kandidaten entscheiden würden. Am Ende des Briefes appellierte Sam Rainsy an Hun Sen, seine persönlichen Interessen hinter die der ganzen Nation zu stellen und nicht auf sein Amt zu insistieren. Die kambodschanische Bevölkerung hätte seit 20 Jahren eine ständige Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation erdulden müssen. Um Kambodscha vor weiteren Katastrophen zu schützen, bräuchte das Land einen neuen Premierminister, so die Argumentationslinie Rainsy´s.⁵⁵

Bis zum Juli 2004 hatte die Blockadehaltung der Allianz zu Verzögerungen der Regierungsbildung geführt. Beim ASEAN-Treffen in Bali im Herbst 2003 hatte Hun Sen kein Rederecht erhalten, da er lediglich als Vertreter einer sog. „care taker“-Regierung galt. Während die Strategie der CPP zunächst darin bestand, im Falle der Verweigerung des bevorzugten Koalitionspartners FUNCINPEC auf den zeitweiligen Fortbestand der alten Regierung zurückzugreifen (Hun Sen hatte angekündigt, dass er versuchen würde, die Verfassung in diesem Fall dahingehend zu verändern, dass nur noch eine einfache Mehrheit für die Regierungsbildung nötig sein würde, um der CPP zu ermöglichen, alleine zu regieren), wurde sich die CPP später der Verhandlungsmasse der Allianz bewusst. Und dies betraf nicht nur die oben erwähnte 2/3-Mehrheit, sondern auch die Tatsache, dass die Allianz im Falle einer Parteienverschmelzung nach der bisher gültigen Formel der Sitzverteilung im Parlament⁵⁶ weitere 10 Sitze hinzugewinnen würde und damit die Stimmenmehrheit für bestimmte Gesetzesvorhaben im Parlament auf ein Maß verringern würde, welches die CPP weitgehend blockieren könnte. Diese Aussichten machten die CPP zunächst kompromissbereit. Der König setzte sich als Vermittler ein und lud zu Gesprächen ein, welche das Ziel hatten, den folgenden Kompromiss zu erreichen, und damit die Krise in der Regierungsbildung zu beenden: Hun Sen bleibt Premierminister, Sam Rainsy wird stellvertretender Premier und Prinz Ranariddh wird Parlamentspräsident. Sam Rainsy hatte verlauten lassen, dass er nicht bereit sei, diesem Vorschlag zu folgen, was als taktischer Fehler gesehen werden muss, schließlich hätte er besser daran getan, das Recht der CPP zu akzeptieren, einen Kandidaten für das Amt des PMs zu bestimmen und besser auf das 2/3-Votum des Parlaments vertrauen müssen, statt seine Energie in die Ablehnung Hun Sen´s als PM zu investieren.

Weitere erfolglose Vermittlungsversuche des Königs folgten, bis Sihanouk sich schließlich frustriert in seine Residenz nach Nordkorea zurückzog.

4.4 Verhandlungsmarathon, Machtpoker und Regierungsbildung

Monatelang zogen sich die Verhandlungen zwischen Regierung und Allianz hin. Sie mündeten in der Formel, dass für die CPP eine Regierungskoalition nur mit der FUNCINPEC in Frage käme, es dieser aber frei stünde, die der SRP zustehenden Mandate und Posten als FUNCINPEC-Mandate zur Verfügung zu stellen. Das sah zunächst nach asiatischer Gesichtswahrung aus und wurde von der SRP akzeptiert. Ein weiterer Verhandlungsmarathon um 115 verschiedene Punkte für eine Regierungsvereinbarung folgte. Die fünf Knackpunkte, welche die SRP in die Verhandlungen eingebracht hatte, umfassten:

⁵⁵ siehe www.khmerintelligence.org, wo der Brief am 3. Oktober veröffentlicht wurde

⁵⁶ Nach Jefferson/Hondt, welche die Nationale Wahlkommission auch schon 1998 anwandte; diese Formel bevorzugt die Partei mit dem größten Stimmumfang unverhältnismäßig. Wäre beispielsweise die UNTAC-Formel von 1993 angewandt worden, hätten die Vertreter der unter „Sonstige“ rangierenden Parteien 4 Sitze im Parlament erringen können, die Allianz hätte nach Verschmelzung bei Anwendung der UNTAC-Formel nach Hare/Niemeyer nur noch 7 Stimmen weniger als die CPP und mit den „Sonstigen“ würde der Stimmenvorsprung auf 3 abschmelzen)

1. Wahrung der territorialen Integrität Kambodschas (was mit Blick auf die beabsichtigten Vertragsabschlüsse mit Vietnam zu verstehen ist, welche im Sinne eines „Schuldendienstes“ aus den 80er Jahren Gebietsabtretungen an Vietnam rechtlich absichern würden)
2. Konsequente Durchsetzung des Einwanderungsrechtes (mit Blick auf hohe illegale Zuwanderungsraten aus Vietnam)
3. Kampf gegen Korruption in Verbindung mit einer Reform (Verschlankung und Professionalisierung) des öffentlichen Dienstes, verbunden mit der Auszahlung von Gehältern, die den Lebensunterhalt sichern können
4. Reform des Justizsystems
5. Reform des Wahlsystems

In der Erklärung zur Regierungsbildung zwischen CPP und FUNCINPEC vom 30. Juni wurde besonderer Wert darauf gelegt, zu den Punkten 1, 3, 4 und 5 und zusätzlich zur Einsetzung einer nationalen Menschenrechtskommission Aussagen zu treffen, um damit zu demonstrieren, dass über die der Öffentlichkeit bekannten Kernfragen der monatelangen Verhandlungen weitgehend Einigkeit erzielt werden konnte. Der Blick auf den Umstand, dass Kambodscha künftig von einem 327 Mitglieder starken Team regiert werden soll, macht allerdings deutlich, dass die Verschlankung des öffentlichen Apparates nicht sehr ernst gemeint sein kann und erneut die Ämterverteilung nach Politikproporz im Vordergrund steht, jedoch in einer neuen Dimension. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufstockung der Zahl der Angestellten des kambodschanischen Parlaments von derzeit 200 auf 700! alarmierend. Sie sind alle Empfänger von Regierungsgehältern; zudem werden ohnehin viele von ihnen nicht zur Arbeit kommen, weil ihnen nicht einmal entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Als „Papierbeamte“ auf den Gehaltslisten des Parlaments sollen sie den 123 Abgeordneten dienen.

Für Prinz Ranariddh, Generalsekretär der FUNCINPEC, hatte sich der lange Politpoker im wahrsten Sinne des Wortes ausgezahlt, er hatte sich im Juli auf einen „Deal“ mit der CPP eingelassen, der ihm mehr als 30 Millionen US-Dollar eingebracht haben soll, was er vehement abstreitet und sogar Diffamationsklage gegen die SRP eingereicht hat. Dass der „Verrat“ an der SRP, der zu deren Ausschluss aus der Regierung und schließlich auch aus den Parlamentskommissionen (siehe unten) führte, Ranariddh und seinen Verbündeten nicht kräftig bezahlt worden ist, glaubt allerdings niemand.

Auch kein Geheimnis war die innere Zersplitterung der CPP mit Chea Sim, dem Generalsekretär der Partei und Senatspräsident sowie Sar Kheng, dem Innenminister, auf der einen und der Fraktion um Hun Sen auf der anderen Seite. Diese Spaltung, in der Vergangenheit nicht offen ausgetragen, trat im Juli des Jahres ins helle Licht der Öffentlichkeit.

4.5 „Package vote“ und Verfassungsbeugung

Vorausgegangen war der Streit um einen Vorschlag der CPP, sowohl den Parlamentspräsidenten als auch den Premierminister in einem einzigen Wahlgang zu wählen. Das impliziert allerdings das Aussetzen des Artikel 119 der Verfassung, in dem es heißt: „Auf Vorschlag des Präsidenten der Nationalversammlung und mit Zustimmung seiner beiden Stellvertreter, hat der König einen Kandidaten aus den Reihen der Partei des Wahlsiegers zu bestimmen, der mit der Formung der Königlichen Regierung beauftragt wird.“ Die Doppelabstimmung ohne Zustimmung durch den König, so wird argumentiert, verweigert dem König sein in diesem Artikel festgeschriebenes Recht auf Mitbestimmung im Regierungsbildungsprozess und verstößt darüber hinaus gegen das Prinzip der Trennung von Legislative und Exekutive. Damit noch nicht genug, schob Hun Sen gleich noch eine weitere Forderung nach: Die Doppelabstimmung sollte nicht einmal geheim, sondern offen durch Handzeichen erfolgen. Dabei handelt es sich um eine weitere Rechtsbeugung. Die internen Durchführungsbestimmungen des Parlaments sehen laut Artikel 40 vor, dass geheime Abstimmung vorgeschrieben ist, „when electing, expressing confidence or blaming“ (any government officials). In einer Mitteilung von Khmer Intelligence⁵⁷ vom Juli 2004 wurde eine Schätzung dargelegt, aus der hervorgeht, dass es bei geheimen Wahlen zwischen 65 und 73 Ja-Stimmen, bei offener

⁵⁷ Internet gestützter Nachrichtenanbieter über Listserv verteilt, www.khmerintelligence.org

Handabstimmung aber 99 Ja-Stimmen geben könnte. Dabei waren ca. 20 Nein-Stimmen dem CPP-Lager zugeschrieben worden.

Selbst wenn man diese Aussagen als Spekulation betrachtet, obwohl die Interessenlage im Parlament durchaus gut erfasst worden zu sein scheint, ist nicht zu übersehen, dass Hun Sen das Risiko der geheimen Wahl nicht eingehen wollte und deshalb alles daran setzte, dieses Blockabstimmungsverfahren als geheime Wahl durchzusetzen. Beides ist defakto aber nur mit Zustimmung des Königs als legitim anzusehen, der diese Verfassungsabweichungen legitimieren muss. Sihanouk verweigerte diese Anerkennung und übertrug stattdessen die Entscheidung als Gewissensentscheidung an die Person Chea Sim, der als Senatspräsident „amtierendes Staatsoberhaupt in Abwesenheit des Königs“ ist. Chea Sim ist der Anführer der Anti-Hun-Sen-Fraktion innerhalb der CPP, was bis zum Juli um jeden Preis zu kaschieren versucht worden war. Chea Sim verweigerte seine Unterschrift. Sein Haus wurde in der Nacht zum 11. Juli umstellt, um ihm diese Unterschrift abzupressen. Als das nicht gelang, wurde er am folgenden Tag zum Flughafen eskortiert und zu einer EKG-Untersuchung nach Bangkok ausgeflogen. Sein erster stellvertretender Senatspräsident, Sisowath Chivoan Monirak, war nicht im Lande. Deshalb leistete Ex-General Niek Bun Chhay als zweiter Stellvertreter die Unterschrift, der im übrigen 1997 der Anführer jener „FUNCINPEC-Aufständischen“ war, gegen die sich der Staatsstreich Hun Sen´s gerichtet hatte. Mit dieser Tat hat er sich sicher wieder vollständig rehabilitiert.

Da der König sein Zeichnungsrecht in schriftlicher Form aber nur an die Person Chea Sim als amtierendes Staatsoberhaupt delegiert hatte (*intuitu personae*), was in Einzelfallentscheidung sein Recht ist, nicht aber an das jeweilig amtierende Staatsoberhaupt *per se*, liegt, so argumentieren Vertreter der Zivilgesellschaft, der SRP und auch internationale Beobachter und Diplomaten, hier ein Bruch des Artikels 11 der Verfassung vor, der eine festgelegte Hierarchie von amtierenden Staatsoberhäuptern festlegt, in der Niek Bun Chhay erst auf Platz fünf rangiert. Monirak hätte zum Beispiel erst einmal kontaktiert werden und von Sihanouk die Ermächtigung erhalten müssen, die Anerkennung einer Verfassungsabweichung an seiner Stelle zu leisten, bevor Bun Chhay überhaupt hätte herangezogen werden können. Das brachte der König in einem Brief vom 25. Juli, unterzeichnet mit seinem „nom de plume“ Ruom Ritt, zum Ausdruck, der in seinem königlichen „Bulletin Mensual de Documentation“ erschien. Dieses Medium nutzt Sihanouk traditionell, um die Nation wissen zu lassen, was er denkt.

Dennoch scheint hier ein Auslegungsspielraum – (*intuitu personae* oder nicht) – vorzuliegen, auf den Hun Sen baut. Die gewaltsame Ausweisung Chea Sims, um den Weg für den nächsten Stellvertreter freizumachen, verdeutlicht aber, dass im Regierungbildungsprozess permanent gegen demokratische Grundprinzipien verstoßen wurde und Hun Sen zu allem bereit war.

Um sicherzustellen, dass mindestens 87 Abgeordnete für die Doppelabstimmung anwesend sind und Beschlussfähigkeit vorliegt⁵⁸, wurden ca. 20 CPP-Abgeordnete gewarnt, die der Pro-Chea-Sim-Fraktion angehören und sich aufgrund der Deportation Chea Sims versteckt hielten, dass sie ihre Mandate verlieren würden, wenn sie nicht zur Abstimmung am 14. Juli erscheinen würden. So waren denn an diesem Tag auch schließlich 96 Abgeordnete anwesend und wählten einstimmig Hun Sen als Premierminister und Prinz Ranariddh als Parlamentspräsidenten.

4.6 Internationale Reaktionen auf die Regierungsbildung

Dem gesamten Regierungsbildungsprozess verfolgte die internationale Gemeinschaft wohl eher mit Erstaunen über die Dreistigkeit der Vorgehensweisen. Glückwunschtelegramme blieben weitgehend aus. Schwerwiegendere Konsequenzen sind aber nicht zu erwarten, schließlich ist die Welt „kambodschanische“ und froh, dass es nach einem Jahr Blockade wenigstens eine Regierung gibt. Hun Sen ist sehr um Legitimation bemüht. Unter dem Vorwand, die neue kambodschanische Botschaft in London einzuweihen, versuchte sich Hun Sen für den Dezember offiziell in Großbritannien einzuladen. Das wurde abgelehnt, wie auch andere Anfragen bei westlichen Regierungen, Australien oder Japan zu einem offiziellen Regierungsbesuch eingeladen zu werden.

⁵⁸ Die 24 SRP-Abgeordneten hatten ihren Boykott angekündigt, da ihr Kompromissvorschlag abgelehnt worden war, der darin bestand, dem Vorschlag zur „Package vote“ zuzustimmen, aber diese Doppelabstimmung wenigstens in geheimer Abstimmung, nicht durch Handzeichen, zu vollziehen.

Dennoch versagte es sich Hun Sen nicht, bei den VN um einen Rotationsplatz im Sicherheitsrat für 2006-2007 anzufragen. Am 19. September will er vor den VN eine Rede halten. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass man sein Ansinnen ablehnt – zumal es Anzeichen dafür gibt, dass er das Khmer Rouge Tribunal unter VN-Aufsicht erneut verzögern will.

4.7 Ausblick

Optimistischere Töne als bei dieser Darstellung der politischen Entwicklung im Land klingen im Bereich des sogenannten „people´s sector“ an. Die jahrelangen Bemühungen der verschiedenen Geber und Organisationen, inklusive der Heinrich-Böll-Stiftung, in die Ausbildung von Menschen zu investieren, tragen Früchte. Eine junge Generation von besser ausgebildeten Menschen mit Spezialkenntnissen wäre in der Lage in den öffentlichen Dienst zu treten und zu dessen Professionalisierung beizutragen. Bisher absorbiert der große NRO-Sektor oder die kleinere Wirtschaftswelt Fachkräfte und Menschen mit Ansprüchen, die sich auch aus den zahlreichen Schulungen und Diskussionen um gute Regierungsführung im Land, ableiten. Wenn also systemische Reformen vollzogen würden, stünden Kambodscha mittlerweile ausreichend Menschen zur Verfügung, die dazu beitragen könnten, diese Reformen umzusetzen und dafür zu sorgen, dass das Land in vielen Bereichen Anschluss an andere Länder in der Region finden könnte. Solange das nicht der Fall ist, bleiben die zu verzeichnenden Projekterfolge von Organisationen wie der hbs oder ihrer Partner auf Inseln von Entwicklung, was langfristig betrachtet nicht das Ziel sein kann.